

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, Einzelnummer 25 Pfennig.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.,
Berlin S. 14 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6804

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Albstraße 16
Fernsprecher S.-21. 623 41

Erscheint wöchentlich am Samstag
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste
Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgeschickt

Der Entwurf der Reichsregierung

92 Millionen will er von den Arbeitslosen „absparen“!

Der Sachverständigen-Ausschuss sollte Vorschläge machen für die Abänderung der Arbeitslosenversicherung. Auf Grund der Vorschläge hat nun die Reichsregierung einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der jetzt dem Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages zur Beratung vorliegt. Der Entwurf unserer lieblichen Koalitionsregierung bestätigt die schlimmen Erwartungen der Arbeiter. Es will von den Arbeitslosen 92 Millionen absparen, das heißt, es soll den Opfern der kapitalistischen Wirtschaft diese Summe vorenthalten werden. Die eine Gruppe wird davon mehr, die andere etwas weniger in Mitleidenschaft gezogen sein.

Um was geht es eigentlich bei dieser „Reform“ der Arbeitslosenversicherung? Ihre Urheber, die Unternehmer, geben vor, die bisherige Einnahme der Reichsanstalt hätte im vergangenen Jahre nicht genügt, die Kosten der Arbeitslosenversicherung zu decken, die Reichskasse habe daher ein paar hundert Millionen zuschießen müssen und werde auch künftig zuschießen müssen, wenn die Versicherung ihre heutige gesetzliche Gestalt beibehalte. Das könne nicht so weiter gehen, es müsse abgebaut werden. Im Grunde ist es nicht, wie hier schon wiederholt dargelegt wurde, die Sorge um die Reichskasse, was die Unternehmerhaft zu dem Schlag gegen die Arbeitslosenversicherung bestimmt, sondern der Haß gegen die Sozialversicherung überhaupt; das Unternehmertum will nicht, daß die Arbeitslosen unterstützt werden, sondern es will, daß sie hungern, damit sie sich um jeden Preis zur Arbeit drängen, um eine leichte Möglichkeit zu bekommen, den Lohn all-gemein brüden zu können.

Der Drang des Unternehmertums nach einer noch ergiebigeren Goldgrube hat seine parlamentarischen Laufburschen auf die Socken gebracht. Was die Unternehmerpresse tagtäglich verlangte, hat erst der Sachverständigen-Ausschuss getrachtet, und trachtet nun das Reichskabinett mit seinem Entwurf zu erfüllen. Und zwar auf folgende Weise:

Es wird angenommen, daß künftig die Arbeitslosenzahl 1,1 Millionen betrage, wofür im Jahre 119 Millionen an Unterstützung auszugeben seien. Da aber aus den Beiträgen für die Versicherung bloß 840 Millionen kommen, so sei ein Fehlbetrag von 279 Millionen zu decken. Die Gewerkschaften wenden dagegen ein, daß die angenommene Arbeitslosenzahl von 1,1 Millionen zu hoch sei, wenn es aber einen Fehlbetrag gebe, so müsse er durch Erhöhung der Beiträge ausgeglichen werden. Nach vielem Hin und Her einigte sich der Sachverständigen-Ausschuss auf eine Erhöhung der Beiträge um 1/2 v. H., wodurch ein Mehr an Einnahmen von 140 Millionen entsteht. Nun verbleiben nach der obigen Rechnung noch 139 Millionen ungedeckt, wovon der Gesetzentwurf der Regierung 92 Millionen durch folgende Änderungen „ersparen“ will:

Durch Verlängerung der Wartezeit 25 Millionen, Kürzung von Wartegebühren, Sozialrenten 16 Millionen, Herabsetzung der Krankentagebeiträge 30 Millionen und durch Verringerung der Sätze bei berufsunfähiger Wartezeit 21 Millionen.

Nun bliebe immer noch ein ungedeckter Rest von 47 Millionen. Die Regierung will es den parlamentarischen Körperschaften überlassen, Mittel und Wege für die Deckung des Restbetrages zu finden. Die Gewerkschaften meinen, daß der Fehlbetrag, wenn überhaupt einer käme, durch die bessere Kontrolle und Ausmerzung wirklicher Mißbräuche erheblich vermindert werde. Die parlamentarischen Agenten der Unternehmer aber wenden sich nicht nur gegen die Erhöhung der Beiträge um 1/2 v. H., sondern sie verlangen, daß die Unterstützungssätze herabgesetzt werden, daß jeder Fehlbetrag von vornherein ausgeglichen ist.

So steht zur Stunde die Sache. Wie sie sich weiter entwickelt, läßt sich zwar noch nicht bestimmt sagen, aber die Arbeiter werden gut tun, sich keiner rosigten Stimmung hinzugeben. Alle Zeichen deuten darauf hin, daß das Unternehmertum mit aller Kraft auf die Verschlimmerung des an sich schon schlimmen Gesetzentwurfes hinstreben wird.

Die Regierung will also an der Unterstützung der Arbeitslosen 92 Millionen „sparen“. Sparen bei armen Teufeln, deren Einkommen schon jetzt zu kaum mehr als zum trockenen Brote reicht! Die vor einigen Tagen versammelten Vertreter der Gemeinden haben denn auch ihrerseits unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, was dieses Sparen bedeutet, nämlich eine noch ärgere Belastung der Armen- und Wohlfahrtsfürsorge der Gemeinden. Was von Reich wegen den Arbeitslosen abgetropft wird, müssen die Gemeindefassen wieder dreingeben, da sie ja ihre Bürger nicht verhungern lassen können. Von den Gemeindevertretern wurde immer wieder gesagt, daß ja die jetzige Arbeitslosenunterstützung an sich schon vielfach nicht ausreicht, die Arbeitslosen vor der dringenden Not zu bewahren. Die Urheber des Gesetzentwurfes gleichen demnach jenem negativen Weisen, der einen Erdhaufen dadurch befreitigt, daß er ein Loch dafür grabt.

So unförmig diese Art von Sparen der sozialberaubtsten Menschen auch scheinen mag, man wird sich noch allem, was man von unseren Gesetzgebern in der letzten Zeit erlebt hat, auf die Vollführung der Unförmigkeit gefaßt machen müssen. Ja, wenn es sich darum handelte, dem Unternehmertum Millionen zuzuschicken, würden unsere Gesetzgeber nichts von der Sorge um die Reichskasse verlauten lassen. Aber hier handelt es sich ja nur um arme Teufel, an denen muß gespart werden, damit die Reichskasse voll bleibt — wie sollten denn die Großverdiener befriedigt werden, wenn sie wieder Subventionen, Steuererlässe und Zinsbürgschaften heischen?

Auf die Einzelheiten des Regierungsentwurfes heute einzugehen, erübrigt sich schon aus dem Grunde, weil er nichts Endgültiges darstellt, womit wir aber nicht ausgedrückt haben wollen, daß viel Aussicht auf seine Verbesserung besteht. Er stellt jedenfalls einen bedeutenden Abbau der Leistungen der Versicherung dar, der sachlich ungerechtfertigt, sozial eine Missetat und wirtschaftlich eine gefährliche Torheit ist. In der Tat. Er verbessert nichts, sondern schiebt ein Übel bloß anderswohin, auf die Gemeinden ab. Erkläre doch der Präsident des Deutschen Städtetages, E i s a h, dem Sozialpolitischen Ausschuss:

„Im letzten Jahre waren nicht weniger als 154 000 aus-gesteuerte Arbeitslose auf Gemeindefürsorge angewiesen; für 150 000 von der Reichsanstalt ungenügend unterstützte Personen mußte die gemeindliche Wohlfahrtspflege Aufwendungen ge-währen; eine allgemeine Staffelung der Unterstützungshöhe nach der Länge der Anwartschaft ist unmöglich; die An-passung der Unterstützungssätze an die Wohnhöhe des Wohnortes (wie es der Gesetzentwurf der Regierung will) wird das Ge-genteil der beabsichtigten Wirkung haben; jede Reform der Ver-sicherung, die für die Arbeitslosen keine ausreichende Hilfe bringt, führt zu einer stärkeren, die Finanzkraft der Gemeinden übersteigenden Belastung und macht die sofortige Neuregelung des Finanzausgleichs notwendig.“

Wie die Dinge nun gediehen sind, wird es in den parlamen-tarischen Körperschaften ein heißes Ringen geben. Im Bande

hat das Ringen schon eingesetzt. Vielerorts haben die Arbeiter gegen den Plan der Sozialreaktionäre laut protestiert. Das wird nächsten noch nachdrücklicher geschehen. Insbesondere sind es die sogenannten Saisonarbeiter, die Bauhandwerker und ähnliche Berufe, die sich mit äußerstem Nachdruck gegen die Verschlechterung der Versicherung wenden. Sie macht der Gesetzentwurf zu den größten Leidtragenden der famosen „Re-form“. Wie die Saisonarbeiter wissen die andern, daß es hier um die Sache aller geht. Sie werden entsprechend zu handeln haben.

Die „Reform“ der Arbeitslosenversicherung ist eine vorzüg-liche Gelegenheit, die sozialpolitische Bestimmung der verschie-denen Parteien und der einzelnen Abgeordneten zu erproben. Es ist auch eine treffliche Gelegenheit, den Arbeitern, die noch im politischen Schlafschlummer dufeln oder in den bürgerlichen Parteien herumdoßern, die Augen zu öffnen, damit sie endlich erkennen, wer mit der Not der Arbeiter Schindluder treibt. Diese Gelegenheit sollte eifrig genutzt werden. Eine Land-mei-tel-Agitation hat einzusetzen, die den parlamentarischen Agenten der bürgerlichen Parteien ein-für allemal die Lust nimmt, noch einmal um proletarische Wahlstimmen zu schmürren. Wenn irgendwas, so kann nur der Druck von außen den Anschlag des Unternehmertums auf die Sozialversicherung und auf die Tasche der Arbeiterkraft vereiteln. Nur der Druck von außen, nichts anderes.

Granatenflickerei und Justiz

Unsere großen Wirtschaftsführer sind bekanntlich alle große Patrioten. Sie mühen sich Tag und Nacht für das Wohl des teuren Vaterlandes, der Wirtschaft und der Reichskasse ab. Sie tun das „aus innerster patriotischer Überzeugung“. Darum werden sie von der hohen Obrigkeit auch in Sachverständigen bei Gelegenheiten benützt, wo es ums Wohl des Vaterlandes und um die nationale Ehre geht, wie zum Beispiel bei den Reparationskonferenzen, Zollfragen usw. Gewiß gibt es garliche Leute, die nicht recht an die Uneigennützigkeit der großen Patrioten glauben. Diese Köppler müßten zu einem Abonnement der Bergwerks-Zeitung und des Sozialanzeigers ge-zwungen werden. Wenn das nichts fruchtet, sind sie der hohen Justiz als Landesverräter vorzuführen, denn es sind dann sicherlich Schmachfriedensmacher oder Dolchstöcher und stehen bestimmt im Solde des Feindbundes. Denn gute Deutsche zweifeln nicht an der vaterländischen Gesinnung der großen Wirtschaftsführer, sondern beherzigen das, was über sie in der Bergwerks-Zeitung und im Sozialanzeiger steht.

Mit diesen gemeinschädlichen Zweiflern hätte man früher schnell aufgeräumt, besonders in den letzten vier Jahren von Wil-helms glorreicher Zeit. Während des Krieges hatten die großen Wirtschaftsführer alle vollauf zu tun. Sie opferten sich geradezu auf fürs Vaterland. Und kein vaterlandsloser Geselle durfte sie darin stören. Denn die Oberste Gezeitsleitung führte da strenges Regi-ment, die Besur besaglichen. Die hohen Beirungsschreiber mußten stille sein, die vernalebeiten Sozialdemokraten, sowieso nicht wert, den Namen Deutsche zu tragen, waren zu Kandidaten für den Helmbold gemacht und die Arbeiter in den Munitionsbetrieben durften nicht mühen, ansonsten sie hinausgeschickt wurden, um mit Gott für König und Vaterland zu bluten.

Das war eine göttliche Zeit für die Gezeitslieferanten. Das Geschäft ging glänzend. Es mußte noch glänzender zu machen ge-trachtet werden. So wurde zuweilen nicht streng auf die Lieferungs-bedingungen geachtet. Es wurden Granaten gedengelt und gestift, auch ein paar mal angefrischt, damit sie für die Leeren paßten. Freilich blieben die Granaten dann im Geschüßlauf stecken oder gingen nach hinten los und zerfetzten die eigenen Soldaten. Mit solchen Kleinig-keiten durfte man sich jedoch nicht aufhalten, jedenfalls nicht die großen Patrioten. Wegen ein paar Zehntelmillimeter weniger konnten sie doch nicht die teuren Granaten fortzschmeißen und den knappen Rohstoff noch mehr verknappen. Das gebot die Vaterlands-liebe und keineswegs die hundert Prozent Gewinn. Die gesamte Unternehmerpresse wird das gerne bestätigen.

Wie alles, so ging auch die göttliche Zeit einmal zu Ende. Der Schmachfriede kam — von Dolchstößern, Spartakisten und Juden gewissenlos herbeigeführt. Und gleich melbten sich auch elende Individuen, die an der vaterländischen Gesinnung der großen Patrioten mäkelten. So zum Beispiel der Schriftleiter der sozial-demokratischen Volksstimme in Duisburg. Dieser Vaterlands-feind — die Justiz hole ihn! — warf der Friedrich-Wilhelm-hütte in Mülheim an der Ruhr vor, sie habe gewau-rächtigen Landesverrat dadurch begangen, daß sie mit Wissen und Einverständnis leitender Persönlichkeiten verwerfene und unbrauchbar gefundene Granaten während des Krieges nach-sich mit dem im „höheren“ Gewachsam gehaltenen Stempel der Militärprüfungscommission versehen und ins Feld geschickt habe. Der Vorwurf war mehr, als erträglich war, sntemalen die Hütte der Firma Thyssen gehört, einer Firma, die nicht nur gut katholisch, sondern auch als streng national ab und unter der Ruhr bekannt ist. Da hätte die Staatsanwaltschaft einschreiten müssen. Das hätte sie natürlich auch prompt getan, wenn nicht, wie sie erklärte, solche Vergehen durch Verlaß der Volksbeauftragten annehmbar seien.

Der Vorwurf wurde von dem sozialdemokratischen Blatte im April 1924 erhoben. Im August des folgenden Jahres kam die Sache nochmals in Erinnerung. Ein Arbeiter hatte einen ehe-maligen Betriebsleiter der Thyssenschen Friedrich-Wilhelmhütte der Schießung und des Staatsverbrechens beschuldigt, worauf der Betriebsleiter Strafantrag gegen den Arbeiter stellte. Der Arbeiter wurde aber freigesprochen, weil das Gericht zu dem Schluß kam, daß das Verhalten des Betriebsleiters geeignet war, „die Wehrkraft des Staates zu schwächen, und daß der Angeklagte nicht ausel gefaßt hätte, wenn er dieses Verhalten als Staats-verbrechen bezeichnete“.

Nun, nachdem ein Gericht ausdrücklich festgestellt hatte, daß das Verhalten des Betriebsleiters die Bezeichnung Staatsverbrechen verdient hätte, so möchte man vermuten, die Justiz der Sache doch noch einmal annehmen müssen. Das tat sie auch, und zwar im August 1928. Obwohl der Herr Staatsanwalt erklärt hätte, solche Vergehen seien von den Volksbeauftragten amnestiert, wurde ein Arbeiter Domagala aus Bottrop vor die Schranken des Reichs-gerichts wegen gewinnstiftigen Landesverrats gestellt. Der Ar-beiter aber mußte freigesprochen werden, weil die Verbaßis-umstände zu schwach waren.

Demnach hat sich unsere gute deutsche Justiz zweimal mit der Granatenflickerei der Friedrich-Wilhelmhütte beschäftigt, ein-mal, weil ein Arbeiter den Betriebsleiter der Schießung usw. beschuldigt, und einmal, weil ein Arbeiter des gewinnstiftigen Landesverrats verdächtig worden war. Mehr kann man doch wahr-haftig nicht verlangen. Oder doch? Ach ja, die Volksstimme in Duisburg war selbst damit nicht zufrieden. Sie war der unma-ßgeblichen Meinung, die Justiz solle nicht arme Teufel, sondern die wirklich Verantwortlichen der Granatenflickerei zur Rechenschaft ziehen, ansonsten man annehmen könne, daß es im „Bande mit den besten Rechtsgarantien“ zweierlei Recht gebe.

Daraufhin wurde von der Reichsanwaltschaft in Leipzig eine Anklage wegen Landesverrats gegen „Unbekannt“ erhoben, in welcher der Schriftleiter der Volksstimme als Zeuge benommen werden sollte. Er ließ jedoch erklären, daß er an einem Verfahren gegen „Unbekannt“ kein Interesse habe. Nunmehr wurde die An-klage gegen den Direktor der Friedrich-Wilhelmhütte, Arnzen, erhoben, für welches Verfahren die Volksstimme Gewährsmänner als Zeugen angeben sollte. Die Zeitung erwiderte jedoch, daß ihre Gewährsmänner nicht genannt werden könnten, weil sie wirtschaft-liche Schädigung zu erwarten hätten, da sie noch auf der Hütte ar-beiteten. Vergleichen kann eine richtige Justiz nicht billigen. Sie strengte gegen den Reakteur der Volksstimme, damit er seine Ge-währsmänner nenne, ein Zeugniswangsverfahren an, das mit der Verurteilung des Reakteurs zu 600 A Geldstrafe endete.

Ob nun das sozialdemokratische Blatt endlich Ruße hält und nicht noch weiter durchblicken läßt, in Deutschland gebe es zweierlei Recht? Mit nichten! Das Blatt kündigt die Beschwerde gegen das Urteil an. Hierdurch kommt die Gerechtigkeit zur Freube aller Vater-landsfreunde nun noch einmal zur Verhandlung. Geißt das nicht, den Ruf des Vaterlandes und die patriotische Gesinnung der großen Wirtschaftsführer aufs Spiel setzen?

Durch die vaterlandsfeindliche Verfeinerheit des sozialdemo-kratistischen Blattes muß noch länger von der Granatenflickerei ge-sprochen werden. Wie leicht könnte durch die ständige Rum-hantiererei die Blase zum Platzen gebracht werden und ein Gefaß entsetzen, der von bestimmten Gezeitslieferanten nie mehr entfernt werden könnte, selbst wenn die ganze Unternehmerpresse Kessel voll patriotischen Dampf verpuffte. Denn nicht nur an der Ruhr, sondern auch anderswo hängen solche Blasen.

Aus dem Inhalt

Titel	Seite
Der Entwurf der Reichsregierung — Granatenflickerei und Justiz	273
Rationalisierung und Arbeitslosigkeit — Die „größte europäische Herdfabrik“	274
Die galvanische Drahtverzinkung — Elektron für Stahlguß im Fahrzeugbau	275
Schönheitspflege — Wenn ich eine moderne junge Frau wäre — Der Pantoffelheld	276
Ferienstage in den Vogesen — Der Sekretär	277
Die Organisation der Arbeiterinnen. Wie gewinnt man sie? — Aus dem Großbetrieb	278
Gewerkschaftsideologie — Die fristlose Entlassung — Grund zur sofortigen Entlassung ist Die Tätigkeit der Arbeitsgerichte	279

Rationalisierung - Arbeitslosigkeit

Es liegt im Wesen der wirtschaftlichen Tätigkeit, die Kosten für Rohmaterial und sonstige Aufwendungen auf ein Mindestmaß herabzudrücken, um den sich aus der Geschäftsführung ergebenden Ertrag zu steigern oder zum wenigsten die Wettbewerbsfähigkeit anderen Unternehmen gegenüber zu erhalten. Wenn sich dieses Bestreben nach Wirtschaftsbesserung, das wir mit dem Schlagwort Rationalisierung bezeichnen, innerhalb der letzten Jahre zu einem Kernproblem entwickelt hat, so lag das eben daran, daß die deutsche Wirtschaft durch die vernichtenden Schäden des Krieges und der Inflation aus dem internationalen Wettbewerb allmählich verdrängt wurde. Es wurden besonders in den Großbetrieben billigere Arbeitsmethoden geschaffen, neue Maschinen an Stelle der Muskel- und Pferdekraft eingeführt, zahlreiche Einzelbetriebe schlossen sich zusammen, um den Einkauf zu vereinheitlichen und zu verbilligen. Es bildeten sich Konzerne und Kräfte, kurzum die gesamte deutsche Wirtschaft wurde einer durchgreifenden Umgestaltung und Vereinfachung, einer Rationalisierung unterzogen.

Das Problem, das sich unmittelbar an das vorerwähnte anschließt und viel umstritten ist, besteht darin: Hat die Rationalisierung eine Arbeitslosigkeit zur Folge oder nicht? Allgemein ist man der Ansicht, daß zwar in dem Augenblick, wo neue Maschinen eingeführt werden, Arbeitskräfte frei werden, daß aber diese frei gewordenen Arbeitskräfte an anderer Stelle wieder Verdienstmöglichkeit finden. Dieser Vorgang kann sich auf verschiedene Weise abspielen, entweder direkt, indem für die Herstellung von Hilfsmaschinen (Denken wir an Traktoren, Mähmaschinen, Werkzeugmaschinen, Düngemaschinen usw.) neue Arbeiter benötigt werden — oder indirekt, indem die noch vollbeschäftigten Arbeiter infolge der verbilligten Produkte eine erhöhte Kaufkraft erhalten, ihre Bedürfnisse werden größer und sie schaffen neue Erwerbsmöglichkeiten für die entlassenen Arbeiter. Bleibt der Gewinn beim Unternehmer hängen, so ist auch hier eine neue Kapitalbildung denkbar, die neue Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen in der Lage ist.

Besonders leicht lassen sich diese Vorgänge an einem Zahlenbeispiel darstellen, das Prof. Dr. J. L. P. J. entwickelt hat. Angenommen ist dabei eine Produktionseinheit, deren Herstellungskosten oder Arbeitslohn im Fall I = 100 beträgt. Im Fall II zeigt sich, wie die durch Rationalisierung um 10 verminderten Lohnkosten auf den Endpreis wirken.

	I. Vor der Rationalisierung	II. Nach der Rationalisierung
Arbeitslohn	100	90
Umlaufkosten	10	10
Reingewinn 10 vH	10	9
Verkaufspreis 120		
Großhandel-Werbestand 10 vH	12	11
Zusammen 132		
Einzelhandel-Werbestand 25 vH	33	30
Endpreis 165		

Bei stichtiger Überlegung und Nachrechnung ergibt sich bei einer Arbeitslohnreduktion von 10 eine Senkung des Endpreises um 15. Die Kaufkraft der noch in Lohn stehenden Arbeiter hat sich also um 15 erhöht, vorausgesetzt, daß der Rationalisierungsgewinn nicht vom Unternehmer in die Tasche gesteckt wird. Es wird also durch die Entlassung eines Teiles der Arbeiter eine augenblickliche Arbeitslosigkeit entstehen, die jedoch durch Rückzahlung in der oben erwähnten Weise (Verbilligung der Lebensmittel, Beschaffung neuer Maschinen) behoben würde.

Genauer betrachtet sind jedoch in dem Zahlenbeispiel einige Fehler versteckt. Zunächst fällt die Kaufkraft der zehn Arbeiter am Ende völlig aus, so daß die Absatzmöglichkeit um diesen Betrag vermindert wird. Daneben hat sich auch die Kaufkraft des Groß- und Einzelhandels infolge des nominell zurückgegangenen Verdienstes verkleinert.

Ebenso läßt sich die Behauptung, daß die durch den Rationalisierungsprozeß entlassenen Arbeiter später an anderer Stelle wieder benötigt werden, nicht ganz aufrechterhalten. Was nützt der in der Volkswirtschaft ihrer Jahre stehenden wertvollen Bevölkerung der Kraft, daß die Arbeitslosigkeit nur vorübergehend ist und in 15 bis 20 Jahren wieder eine Normalbeschäftigung eintritt? (Auch die lange Dauer gehen wir alle zugrunde...) Daß die Rückzahlung der frei gewordenen Arbeitskräfte nicht in unmittelbarer Folge stattfindet, läßt sich an folgenden Beispielen, wie sie meist in der Praxis in Erscheinung treten, klar machen.

Ein Unternehmen hat es durch Arbeitslosenvermeidung, nämlich durch Entlassung von Personal und durch innerbetriebliche Reorganisation erreicht, die Selbstkosten um ein beträchtliches herabzudrücken. Der Überschuß, der sich aus diesem Prozeß ergibt, wird dazu verwendet, um die existierenden und bevorstehenden Rationalisierungsarbeiten (zum Beispiel Erbauung von Maschinen, elektrische und motorische Anlagen) zu decken, oder er dient zur Rationalisierung weiterer Betriebe innerhalb der Unternehmung. Hieran sieht man schon, daß die Rationalisierung durch ihre eigene Dynamik immer weiter treibt.

Sie hat ferner zu berücksichtigen, daß zur Herstellung einer Maschine teilweise so viele Arbeiter benötigt werden, als von ihr herbeizubringen sind. Man wird dies schon bemerken müssen, wenn man überlegt, daß zum Beispiel ein großes Stück Land, das bisher von 100 Landarbeitern in der Zeit von 14 Tagen bearbeitet worden ist, jetzt von einem Traktor innerhalb weniger Tage gepflügt oder abgeerntet wird, was hingegen zur Herstellung dieses Traktors in einer Serienfabrikation etwa 30 Arbeiter erforderlich waren. Auch in diesem Fall wird der Arbeiter, der durch Arbeitslosenvermeidung einen größeren Gewinn aus seiner Produktion erzielt, diesen Gewinn in neuen modernen Maschinen und Arbeitsgeräten auslegen.

Nach dieser Ausführungen läßt sich also zu einem gewissen Teil behaupten, daß die Arbeitslosigkeit in diesem Zusammenhang nicht sofort, wenn überhaupt behoben wird, und man wird dies im Hinblick auf die Ursachen zur Rationalisierung auch einsehen, da sie ja fast immer Zweck, nämlich Erbauung der Maschinen, besteht. Zusammen wäre die Rationalisierung denkbar ideal, wenn sie eine wirkliche Wirtschaftsbesserung wäre, das heißt wenn die Senkung der Kosten nicht auf Kosten der Löhne, sondern etwa durch gezielte Rationalisierung der inneren Transportkosten, der Lagerkosten, der Aufwendungen für Reparaturarbeiten, durch längere Einsatzzeit usw. bewerkstelligt würde. Aber das geschieht nur sehr selten, in der Hauptsache geht die Rationalisierung auf Kosten der Löhne, das heißt der Lohn wird gesenkt und Arbeiter werden entlassen, was Verringerung der Kaufkraft und Arbeitslosigkeit zur Folge hat. Ein letzter Punkt, aus dem es in der kapitalistischen Produktionsweise keinen Ausweg gibt. Arnold Reigwer.

Die „größte europäische Herdfabrik“

Von Salus Fries

Die F. Ruppertsbusch & Söhne AG. in Gelsenkirchen nennt sich selbst das weltweite größte und führende Werk Europas für Koch- und Heizapparate aller Art. Die Gesellschaft beschäftigte im Jahre 1928 rund 3000 Arbeiter und Angestellte, ein Jahr vorher nur 2400, 1925 nur 1800. Zurzeit ist die Zahl der Beschäftigten weiter auf 3100 gestiegen. Im letzten Vorkriegsjahr waren 2150 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Die Gesellschaft besteht als Aktiengesellschaft seit 1898, damals wurden 1200 Werksangehörige beschäftigt. Vorher bestand das Unternehmen ein Jahrzehnt lang als Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Hergestellt werden Herde aller Art vom kleinsten Haushaltsherd für Gas- und Kohlenfeuerung bis zu Großherdenanlagen, auch für Dampf-, elektrische und Ölheizung, für Hotels, Restaurants und Schiffe, ferner Heizwasserapparate für Spül- und Badzwecke usw. Eine besondere Abteilung befaßt sich mit der Herstellung von Zimmeröfen (Dauerbrennern), Gasheizöfen usw. Schließlich werden noch gesundheitstechnische Anlagen, wie Zentralheizungen, Bade- und Wascheinrichtungen für Industriebetriebe, eiserne Kleiderchränke usw. gebaut. Die Gesellschaft besitzt zwei Werke in Gelsenkirchen-Schulte, umfassend Schmelzereien, Emailierwerk, Pressereien, Schleiferei, Kupferschmiede und Werkstätten für Großherdenanlagen. Der Grundbesitz umfaßt 187 000 Quadratmeter, wovon 74 000 Quadratmeter bebaut sind.

Das Unternehmen arbeitete 1913 mit einem Aktienkapital von 4 Millionen Mark, erhöhte das Kapital während der Geldentwertung nur in geringem Umfang, nämlich auf 14 Millionen Papiermark und arbeitete seit der Umstellung auf Goldmark mit einem Aktienkapital von 4,9 Millionen Mark, hat also, an dem Aktienkapital gemessen, durch die Geldentwertung keine Verluste erlitten. Auch wenn wir uns den Umfang des Grundbesitzes ansehen, kommen wir ebenfalls zu dem Ergebnis, daß der innere Wert der Gesellschaft genau so gewachsen ist, wie sich der Aufschwung bereits in der erhöhten Zahl der Beschäftigten zeigt. 1913 betrug nämlich der Umfang des Grundbesitzes nur 66 400 Quadratmeter, hat sich also heute fast verdreifacht. In der Bilanz stand der Grundbesitz 1913 mit 415 000 Mark, heute aber nur mit 615 000 Mark, das heißt bei Berücksichtigung des heutigen geringeren Geldwertes steht der Grundbesitz trotz fast verdreifachtem Umfang nicht höher als 1913 zu Buch. Darin liegen natürlich erhebliche Rückstellungen.

Angaben über die Umsatzhöhe werden nirgends gemacht. Diese Geheimnisträumerei muß bei einer Gesellschaft, die sich mit Recht als das führende Werk Europas auf ihrem Gebiete bezeichnen kann, besonders seltsam anmuten. Den wachsenden Umfang des Geschäfts können wir in der Bilanz aber auch aus dem Ansteigen der Außenstände ersehen. In der Goldmarkbilanz vom 1. Januar 1924 haben die Außenstände nur 251 000 Mark betragen, Ende 1926 schon 3,03 Millionen, Ende 1927 3,98 Millionen und Ende 1928 4,15 Millionen Mark. Die Schulden der Gesellschaft sind um rund 114 000 Mark geringer als im Vorjahre. Ende 1927 wurden 1,55 Millionen Mark für Lieferantenforderungen ausgewiesen gegen 1,43 Millionen Mark Ende 1928.

Die Gesellschaft verteilte im letzten Vorkriegsjahr 13 vH Dividende und konnte in den Jahren, seitdem wir wieder mit festem Geldwert rechnen können, ständig steigende Dividenden verteilen. Von 1924 bis 1927 nämlich 8, 10, 11 und 12 vH. Für das Geschäftsjahr 1928 wurde die Dividende auf 10 vH herabgesetzt. Der Bericht sagt darüber bebauend, daß das Jahr „in einem Rißton ausklang“. Durch die unvermeidliche (!) Ausperrung in der nordwestdeutschen Gruppe, so heißt es weiter, „wurden unsere sämtlichen Betriebe stillgelegt

und bei der sich langsam vorbereitenden Wiederanlaufbelagerung für einige Zeit stark behindert, so daß im Zusammenhang mit den Feiertagen und mit den zur Warenaufnahme erforderlichen Arbeitsbeschränkungen im Monat Dezember 1928 der Umsatz und damit der Gewinn eine erhebliche Beeinträchtigung erfuhr.“ Die Ansicht, daß die Ausperrung „unvermeidlich“ war, klingt recht seltsam in dem Bericht einer Gesellschaft, die in weitem Umfang auf die Kaufkraft der Arbeiterklasse angewiesen ist, müssen doch gerade in Rheinland-Westfalen die Haushaltungsbede von den Verbrauchern selbst angeschafft werden, was meist auf Stottern geschieht, wie man in Berlin so häufig den Kauf auf Abzahlung umschreibt. Anders liegen die Dinge in weiten Teilen des übrigen Deutschland, wo diese Einrichtungen zum Bestand der Wohnungen gehören, Fabrikation und Handel also mit der weit stärkeren Kaufkraft der Vaugesellschaften und Hauswirte zu rechnen haben. Ob aber die Verwertung der Ruppertsbusch AG. aus diesen Folgen der leichtfertig herausgeschworenen Ausperrung die richtige Lehre ziehen wird, erscheint nach „in weiteren Ausführungen des Geschäftsberichts leider recht fraglich. Wieder ist dort von der Überbürdung durch Steuern, gesteigerte Soziallasten und Lohn-erhöhungen die Rede, wie den Gewinn „ungünstig beeinträchtigt haben“ (soll wohl heißen beeinflusst haben). In welchem Umfang diese Ausgaben gestiegen sind, hält die Verwaltung nicht für nötig, nachzuweisen. Seit Jahren werden weder Handlungs-kosten noch Steuern noch soziale Ausgaben, über deren Höhe man jammert, ausgewiesen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung nennt nur einen Rohgewinn, der im letzten Jahre 814 000 Mark betragen hat gegen 930 000 Mark im Vorjahre. Wenn wieder wie im Vorjahre 12 vH Dividende verteilt worden wäre, so hätte dies 588 000 Mark erfordert, für 10 vH Dividende sind nur 490 000 Mark nötig. Man hat aber die offenen Reserven, die schon im Vorjahre 500 000 Mark, also mehr als 10 vH des Aktienkapitals ausmachten, um weitere 100 000 Mark erhöht. Die Ausschüttung einer Dividende in gleicher Höhe wie im Vorjahre wäre also ohne weiteres möglich gewesen.

Dem Beamten- und Arbeiterunterstützungsfonds wurden wieder wie in den Vorjahren 70 000 Mark zugeführt. Der entsprechende Posten in der Bilanz erreicht jetzt eine Höhe von 243 839 Mark (gegen 105 887 Mark im letzten Vorkriegsjahr). Daneben besteht noch eine Pensionkasse, deren Kapital in der letzten Bilanz mit 532 617 Mark ausgewiesen ist. Die offenen Abschreibungen haben fast genau so viel wie das letzte Mal, nämlich 111 000 Mark betragen. Der Reingewinn ergibt einschließlich Vortrag 793 000 Mark gegen 903 000 Mark im Vorjahre. Der siebenköpfige Aufsichtsrat teilt sich diesmal in 42 000 Mark, im Vorjahre waren für diesen Zweck 56 000 Mark, vor zwei Jahren 49 000 Mark und 1925 dieselbe Summe wie jetzt bereitgestellt. Dem Aufsichtsrat gehören neben Direktoren der Deutschen Bank und des A. Schaaffhausen'schen Bankvereins ein Direktor der Mannesmann-Röhrenwerke, Düsseldorf, und ein Direktor des Eisen- und Stahlwerks Hoersch, Dortmund, an. Etwas mehr als ein Viertel des Aktienkapitals ist nämlich im Besitz von Hoersch. Ein größerer Teil der Aktien befindet sich im Besitz der Familie Ruppertsbusch.

Aber die Ausichten sagt der Geschäftsbericht, daß die ersten Monate des laufenden Geschäftsjahres unter der nachteiligen Einwirkung der durch den strengen Winter hervorgerufenen Arbeitsbehinderung sowie noch unter den Folgen der Ausperrung standen. In Anbetracht der „im allgemeinen nicht günstigen Wirtschaftslage“ glaubt die Verwaltung jedoch ihre Beschäftigung noch als zufriedenstellend bezeichnen zu können. Alles in allem können wir wohl sagen: Eigene Herdfabrik ist Goldes wert!

Die Entwicklung der Tariflöhne

Eine stoffhafte Entwicklung der Lohnsteigerung findet nicht mehr statt. Es geht in ruhigen Tempo answärts. Wir haben unten eine Zusammenstellung über den Stand der tariflich vereinbarten Löhne nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts gemacht. Für gelernte und ungelernete Arbeiter ist der gewogene Durchschnitt für alle Branchen ohne die Landwirtschaft erhoben. Die Tariflöhne nahmen von Anfang 1928 folgende Entwicklung (Wochenlöhne in Reichsmark):

1928	Gelernte Arbeiter		Ungelernte Arbeiter	
	Konstantlöhne	Reallohn	Konstantlöhne	Reallohn
Januar	49,20	32,68	37,56	24,91
April	50,10	33,20	38,39	25,47
Juli	51,02	33,83	39,51	25,89
Oktober	52,10	34,25	40,17	26,41
1929				
Januar	52,34	34,19	40,50	26,45
Februar	52,40	33,94	40,55	26,26
März	52,41	33,49	40,65	25,97
April	52,62	34,26	40,74	26,52
Mai	53,65	34,95	41,52	27,06
Juni	53,76	35,05	41,62	27,18

Wir haben ferner den Versuch gemacht, den Reallohnlohn festzustellen, und zwar wurde dieser errechnet über den Lebenshaltungskoeffizienten des Statistischen Reichsamts. Aus diesen Berechnungen geht hervor, daß der Reallohn für gelernte Arbeiter je Woche vom Jahr vorigen Jahres bis zum Jahresende 1928 um 51,02 Mark auf 53,76 Mark oder um 2,14 Mark gestiegen ist. Der Reallohn hing von 33,83 auf 35,05 Mark oder um 1,22 Mark. Diese Steigerung muß unter dem Gesichtswinkel betrachtet werden, daß wir uns in einer niedrigen Konjunktur befinden. Bezüglich des Reallohns ist allerdings zu bemerken, daß der vom Statistischen Reichsamte errechnete Index für Lebenshaltungskosten keinen richtigen Maßstab bietet, da er erstens auf die einfachsten Verhältnisse einer Arbeiterfamilie angesetzt ist und zweitens nicht alle Ausgaben enthält, die ein Arbeiter zu leisten hat. Es fehlen bekanntlich neben anderen die Ausgaben für Steuern und soziale Ausgaben. Das muß dabei berücksichtigt werden. Obige Tabelle zeigt, daß der Reallohn sinken kann, selbst wenn der Konstantlohn steigt. Im Februar und März war dies der Fall, weil die Inflationsperiode eine außergewöhnliche Lenkung nach sich zog.

Die Engländer in der deutschen Papierindustrie

Die Zeit liegt nicht allzu fern, wo deutsche Papierfabriken wie James Watt zu haben waren. Da haben englische Kapitalistenkreise einen großen Einbruch, indem sie in die deutsche Papierindustrie einströmten. Bei der Ausbeutung des Steinsalzbeckens blieb auch ein Papierlosgewinn an die Schahat AG. übrig. Eine englische Gesellschaft, die J. B. & S. Co., erwarb die Schahat AG. für einen hohen Preis. Sie hat damit ein glänzendes Geschäft gemacht. Denn nach dem englischen Firmen in Deutschland erkaufte, ist heute das Geschäft des Steinsalzbeckens wert. Eine andere englische Gruppe, die G. & S. Co. & Paper Mills Ltd., kaufte die Papierfabrik Siedow, die hundertprozentig papierfabrikales Maschinenwerk und eine kleine Pergamentfabrik R. & Co. in Weiden. Auch diese Fabriken wurden für billiges Geld erworben. Gleich der Kohlen-

transaktion fand diese auf dem Londoner Geldmarkt eine günstige Beurteilung. Jetzt wurden dem letzten englisch-deutschen Papierkongress weitere Unternehmungen angekündigt: die Schleifische Zellulose- und Papierfabriken AG. Cunnorsdorf und die Ostdeutsche Papier- und Zellstoff AG. Frankenberg. Dieser so gebildete Papierkongress rangiert in Deutschland an vierter Stelle. Man hört soviel von der Wichtigkeit der deutschen Wirtschaftsführer und muß sich immer wieder wundern, daß Ausländer kommen müssen, um günstige Geschäfte anzukurbeln. Aber selbst die Herren von der deutschen Industrie jammern in der Öffentlichkeit immer wieder von der Überforderung der deutschen Industrie.

Starke Steigerung der Motorradproduktion

Die Erzeugung von Kleinkraftmaschinen hat eine wesentliche Erhöhung erfahren. Im Jahre 1928 wurden insgesamt 64 100 Kleinkraftmaschinen erzeugt. Bis Ende Juni dieses Jahres wurde eine Steigerung auf nicht weniger als 108 300 Motorräder erzielt. Die Gesamtproduktion 1928 betrug 140 000. Man darf also annehmen, daß in diesem Jahre etwa 200 000 Einheiten von der deutschen Motorradindustrie hergestellt werden. Die Kleinkraftmaschinen haben gegenüber 1927 eine Verzehnfachung erfahren. Mit dieser Produktion steht Deutschland an der Spitze sämtlicher Industrieländer. Ihm folgt England mit 160 000 Einheiten. In den Vereinigten Staaten ist die Motorradproduktion nicht so stark entwickelt.

Hochblüte in den Vereinigten Staaten

Während sich die Wirtschaft der meisten europäischen Länder mühselig dahinschleibt, erfreut sich Nordamerika einer anbauenden steigenden Wirtschaftsbüchse. Es ist einfach ersichtlich, wie es den Dankes gelangt, die Wirtschaft im günstigen Sinne zu befürchten. Das Wundermittel hierfür ist die Steigerung der Kaufkraft. Nur auf einer breiten, sich vermehrenden und ergänzenden Kaufkraft, die auf hohen Löhnen ruht, kann eine große Volkswirtschaft wie die amerikanische günstig beeinflusst werden. Im ersten Halbjahr 1929 wurden in vielen Branchen alle Erzeugnisse früherer Jahre überflügelt. Für den Erfolg spricht es allein schon, daß im ersten Halbjahr 1929 mehr als 1000 Gesellschaften erhöhte Dividenden zu zahlen in der Lage sind. Demgegenüber stehen nur 64 Gesellschaften, die eine verringerte Dividende anhängigen. Die Stahl- und Eisenindustrie hat einen derartig günstigen Stand, daß die Produktion in diesem Jahre auf 67 Millionen Tonnen steigen wird. Die Jahresproduktion der Automobilindustrie wird auf mehr als 6 Millionen Fahrzeuge geschätzt. Eine Reihe Großunternehmen gibt bekannt, daß im ersten Halbjahr 1929 bereits mehr verdient wurde als im ganzen Jahre 1928. Solche Resultate der Wirtschaftsentwicklung können aus Amerika gemeldet werden. Wie erdarmlich dagegen stehen wir da! Man mag eine deutsche Zeitung anschlagen, welche man auch wolle, man wird selten eine optimistische Meinung, dagegen aber viele Klagen finden. Nach einem Sprichwort ist Uagen ein Zeichen von Schwäche. Man bezeichne niemanden, wenn man Klagen ausstößt. Nach unserer Meinung hätten die deutschen Unternehmer es dringend notwendig bei ihren Kollegen in Amerika in die Schule zu gehen und von ihnen zu lernen, welcher große geschäftliche Vorteil aus hohen Löhnen



Technik und Werkstatt



Die galvanische Drahtverzinkung

Die galvanische Drahtverzinkung bietet gegen die Feuerzinkung den Vorteil, daß der Zinküberzug von besonders reiner Natur und somit auch widerstandsfähiger gegen Rost ist. Der Draht läuft dabei automatisch gleichmäßig durch die Beiz-, Scheuer-, Zinkbad-, Spül- und Trockenbottiche. Die Fortbewegung der Drähte erfolgt durch eine Anzahl Rollen, die abwechselnd oben und unten angebracht sind. Die oberen Rollen sind aus Metall und übertragen den galvanischen Strom auf die Drähte. Sie werden durch Schraubenge triebe in Bewegung gesetzt. Die unteren Rollen sind aus Porzellan oder sonstigem Isolationsmaterial und erhalten ihren Antrieb durch die oberen. Die Drähte rollen sich der Reihe nach von der Haspel ab, gelangen durch die Beize oder ein elektrolytisches Reinigungsbad in eine Spülvorrichtung und unter Umständen noch in eine Scheuervorrichtung. Alsdann kommen die nun vorbereiteten Drähte nochmals durch eine Waschkammer und gelangen in das 8 bis 15 Meter lange Zinkbad. Von hier kommen die Drähte nach vollendeter Elektroplattierung durch eine Spül- und Trockenvorrichtung, rollen sich auf die Haspel auf und die verzinkten Drahtbunde sind versandbereit.

Neuzeitliche Drahtverzinkungsanlagen erlauben einen gleichzeitigen Durchzug von 50 bis 60 Drähten. Die Länge solcher Anlagen beträgt 38 bis 40 Meter.

Für das Beizen und Entzünden von Eisen- und Stahl- drähten werden nach der heutigen Praxis in besonderen Glühöfen sehr dünne Oxydschichten erzielt, die das Beizen besonders erleichtern. Diese Durchziehöfen erhalten meist eine Länge von 10 bis 15 Meter und werden direkt neben der Plattieranlage gebaut. Sie werden mit Generatorgas geheizt und die durchziehenden Drähte werden hierin bis auf Rotglut erhitzt. Etwa 1 bis 3 Meter vom Ofen entfernt steht die Beizvorrichtung. Die Beizwanne besteht aus Holz mit 3 bis 4 mm starkem Bleiblech ausgeschlagenen Innenwänden oder säurebeständigem Mauerwerk. Als Beizmittel verwendet man verdünnte Schwefel- oder Salzsäure. Die Erwärmung der Beize erfolgt durch Einleiten von 1 bis 2 Atm. starkem Dampf durch Hartbleischlangen. Die Drähte gelangen nun auf Porzellanrollen oder sonstigem säurebeständigem Material durch die Beize. Dieser automatische Durchzug durch die Beizvorrichtung kann nur zur Entfernung dünner Oxydschichten angewandt werden. Bei stärkeren Oxydationen muß die Beizdauer dementsprechend verlängert werden. Dies wird am besten in einer besonderen Abteilung ausgeführt.

Hartgezogene Drähte und solche unter 1,5 mm Durchmesser passieren nicht erst den Glühofen, sondern werden von Ziehschmied durch Abkochen in Ätznatronlauge befreit, in einem besonderen Beizraum gebeizt und getrocknet. Dagegen werden dünne Drähte unter 1,5 mm Durchmesser in Retorten oder Glühöpfen in gelockerten Bündeln geblüht, gebeizt und getrocknet.

Die vorgebeizten oder geglühten Drähte können statt mit einer gewöhnlichen Beize durch die elektrolytische Reinigung dekapiert werden. Es kommt eine Auflösung von verdünnter Schwefelsäure, Glaubersalz und Natriumchlorid zur Anwendung. Die Stromrollen werden mit dem Pol verbunden; als Anoden verwendet man Stahl- oder Bleistreifen, die zu je zwei Anodenreihen zwischen 5 bis 8 Drähten angeordnet werden. Man arbeitet mit 4 bis 5 Volt bei 4 bis 6 Ampere je qdm. Durch die starke Wasserstoffentwicklung werden nach kurzer Zeit selbst starke Zunderschichten abgelöst, ohne das Grundmetall wesentlich anzugreifen. Das kathodische Beizen von Eisen- und Stahl- drähten ist sehr gefährlich, weil durch die starke Wasserstoffentwicklung das Material spröde und brüchig wird. Es sind deshalb neutrale Elektrolyten zu verwenden oder die anodische Stromwirkung anzuwenden.

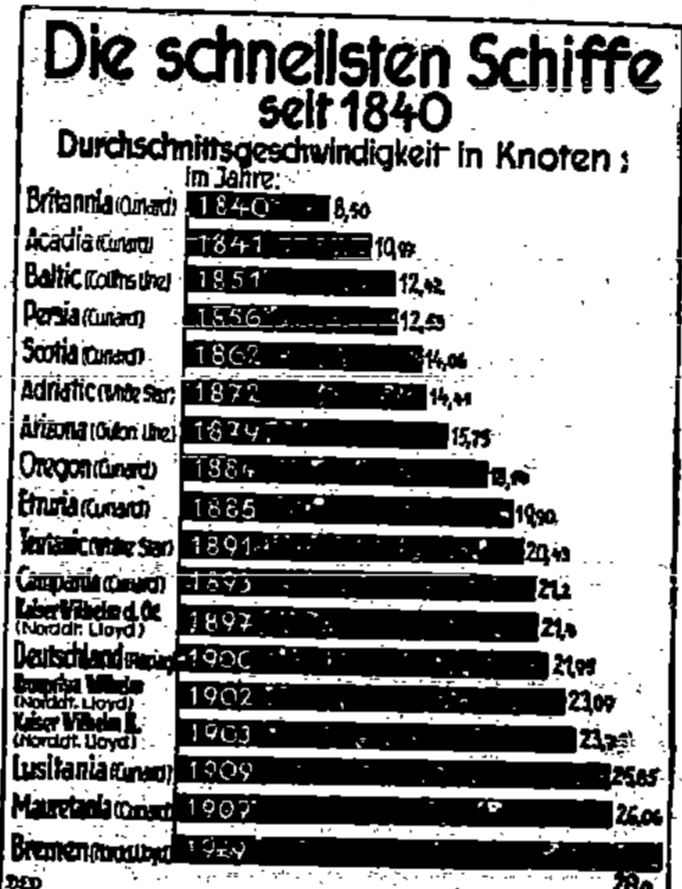
Aus dem Dekapier- oder Beizbad gelangen nun die Drähte in das Entfettungsbad, bestehend aus einer Auflösung von Ätznatron, die in kochendem Zustand die letzten Spuren von Fett vollständig entfernt. Die Drähte müssen dann durch eine Spannvorrichtung, durchwandern eine Spülwanne mit Wasser und kommen als fettfreie Drähte ins Zinkbad. Das Zinkbad hat durchschnittlich eine Länge von 10 bis 15 Meter. Der Durchzug der Drähte erfolgt durch doppelte Rollenführung, und zwar durch die Strom- und Führungsrollen, die heute durchweg außerhalb des Bades angebracht und auf dem Wannenrand befestigt sind. Die Stromrollen sind kleine Metallrollen; sie führen die Drähte auf die Führungsrollen, die ebenfalls außerhalb gelagert sind und einen solchen Durchmesser besitzen, daß die zu verzinkenden Drähte soweit ins Zinkbad tauchen, daß sie allseitig vom Elektrolyten benetzt werden. Die Führungsrollen bestehen aus nichtleitendem Material. Als Anoden verwendet man Zinkstreifen, so daß zwischen je zwei Anodenreihen 5 bis 10 Drähte laufen. Durch die Anbringung von Schutzgittern zwischen den Anoden und den laufenden Drähten wird bei etwaigem Zerreißen der Drähte Kurzschluß vermieden; ferner wird hierdurch die Elektrodenentfernung bis auf äußerste verkleinert, was eine Erhöhung der Stromausbeute ermöglicht. Man arbeitet mit 5 bis 6 Volt und 5 bis 15 Ampere je qdm bei mittleren Drahtstärken. Die Durchzugsgeschwindigkeit der einzelnen Drähte richtet sich nach dem Durchmesser, der Beschaffenheit des Materials und der verlangten Zinkauflage. Sie liegt zwischen 5 bis 15 Meter je Minute. Ein Zinküberzug von 50 bis 70 g Zink auf 1 qm Drahtfläche hat sich als genügender Rostschutz bewährt. Folgendes Zinkbad für Drahtverzinkung läßt sich empfehlen: 100 Liter Wasser, 32 kg Zinkulfat, 9 kg Ammonsulfat, 5 kg Natriumsulfat, 3,5 kg Borsäure.

Die beste Badtemperatur ist 45 bis 50 Grad Celsius. Der bei dieser Temperatur erzeugte Niederschlag ist äußerst weich. Durch gewisse Kolloidzusätze werden glänzende Niederschläge erzielt. Man gibt dem Zinkbad auf 100 Liter 80 bis 120 Gramm Traubenzucker, Gelatine, Albumin oder Leim zu. Quecksilberzusatz hat sich nicht bewährt, da nach diesem Zusatz der Niederschlag brüchig und grobkristallinisch wird. Der Zinkniederschlag muß eine Weiterverarbeitung durch Ziehen, Biegen oder Pressen ohne weiteres aushalten. Es ist deshalb vor stark sauren Zinkbädern und hohen Stromdichten zu warnen, weil hierdurch harte und pulverige Niederschläge erzielt werden.

Die monatliche Produktion einer Anlage für 50 bis 60 Drähte Durchlauf von 1,5 bis 4 mm Durchmesser bei einer Zinkauflage von 65 Gramm Zink je Quadratmeter ist zirka 700 Tonnen.

Die galvanische Verzinkung von Drähten ist eine der verwickeltesten Berechnungen der Galvanotechnik; sie setzt eine gute Schulung und Praxis voraus, denn eine Anlage für eine bestimmte Jahresproduktion zu bauen, kann nur auf Grund langjähriger Erfahrungen erfolgreich durchgeführt werden.

Karl Schuch.



Bald nach Einführung der Dampfschiffe legte als erster Neubau der damals gegründeten (englischen) Cunard-Linie der hölzerne Dampfer „Britannia“ die Reise über den Ozean in zehn Tagen zurück. Seitdem haben die Engländer mit ihren großen modernen Seedampfern am häufigsten das „Blaue Band“ im Besitz gehabt, auch nachdem 1843 das erste Schiff aus Eisen und nach 1860 die ersten Schraubendampfer gebaut wurden, obwohl ihnen durch die inzwischen gegründeten amerikanischen Linien ein starker Wettbewerb erwachsen war. 1897 schlug Deutschland zum erstenmal mit dem Dampfer „Kaiser Wilhelm der Große“ des Norddeutschen Lloyd den Rekord, den 1900 die Hamburg-Amerika-Linie mit der „Deutschland“ an sich riß und der 1902 mit „Kaiser Wilhelm II.“ an den Norddeutschen Lloyd zurückkehrte. 20 Jahre lang, seit 1909, hat dann das jetzt 22 Jahre alte englische Schiff „Mauretania“ den Rekord gehalten, bis jetzt die „Bremen“ die Fahrt über den Ozean auf der Hinreise mit 27,83 Knoten in der Stunde und auf der Rückreise sogar mit 27,91 Knoten durchschnittlich bewältigen konnte.

Elektron für Stahlguß im Fahrzeugbau

(Nachdruck verboten.)

ATK. Das Elektron, eine Magnesiumlegierung, bildet mit einem spezifischen Gewicht von 1,8 das leichteste praktisch verwertbare Metall. Es kommt in den Handel in Form von Gußstücken aller Art, dann in Form von Stangen, Profilen, Rohren und Preßteilen, endlich auch in Form von Blechen. Man besitzt somit im Elektron ein Konstruktionsmetall, das mit Eisen, Stahl, Messing und Aluminium in erfolgreichem Wettbewerb treten kann. Im Kraftfahrzeugbau, und zwar sowohl bei Automobilen wie Luft- und Wasserfahrzeugen, schenkt man dem Elektron infolge seiner vorzüglichen Eigenschaften immer größere Aufmerksamkeit. In neuester Zeit hat man Versuche unternommen, bei Sport- und Rennwagen die bisher aus Stahlguß hergestellten Radnaben sowie Hinterradbremssträger durch solche aus Elektron zu ersetzen. Der Erfolg war ein durchschlagender, denn man erzielte nicht nur eine erhebliche Gewichtsersparnis, sondern auch eine Verringerung der Arbeitszeit. Wenn Elektron auch nicht die relativ hohe Festigkeit von Stahlguß aufweist, so konnte dieser Nachteil, wenn man von einem solchen überhaupt sprechen darf, durch geringe konstruktive Änderungen oder durch Verstärkung der Wandungen ausgeglichen werden. Dabei darf aber nicht übersehen werden, daß Stahlgußteile häufig aus gießtechnischen Überlegungen stärker dimensioniert werden müssen, als die geforderte Festigkeit verlangt. In all diesen Fällen ist meist eine Verstärkung der Teile bei Anfertigung in Elektron überhaupt nicht nötig oder doch nur in sehr geringem Maße. Der Vorteil des leichteren Gewichtes tritt also in solchen Fällen ganz besonders in die Erscheinung. Wie die praktischen Ausführungen zeigten, ergibt eine solche Herstellung der Radnaben sowie Hinterradbremssträger bei Sport- und Rennwagen eine Gewichtsersparnis von etwa 10 bis 15% des Gewichtes der ungefederten Massen. Hierdurch verbessert man die Fahreigenschaften und die Federung des Wagens und verhindert außerdem die Reifenabnutzung. Solche Elektron-Radnaben und Bremssträger haben sich bereits bei vielen schweren Berg- und Flachrennen sowie in den großen Alpenprüfungsfahrten hervorragend bewährt. Außer diesem Gewichtsvorteil bietet aber auch die Bearbeitung des Elektrons nicht unerhebliche Vorteile. Beträgt die abfallende Spannmenge bei der Stahl-nabe 4,85 kg, so sinkt diese bei der Elektron-nabe auf 0,40 kg. Unter Berücksichtigung der spezifischen Gewichte ergibt sich bei der Stahl-nabe immer noch eine

dreifache Spannmenge gegenüber Elektron. Bei gleicher Schnittgeschwindigkeit und gleicher Spanstärke benötigt man bei Elektron also nur ein Drittel der Arbeitszeit. Da jedoch die Elektron-teile mit etwa 160 m/Minute gegenüber den Stahlteilen mit 26 m/Minute bearbeitet werden, also in ein Sechstel der Zeit fertiggestellt sind, so beträgt die reine Arbeitszeit für Elektron nur etwa ein Neuntel der für Stahl erforderlichen. Eine weitere Verkürzung wäre durch Erhöhung der Schnittgeschwindigkeit über 160 m/Minute hinaus für Elektron ohne weiteres möglich, scheitert jedoch an der Unzulänglichkeit der vorhandenen Werkzeugmaschinen. Es kommt noch hinzu, daß die Stahl-nabe drei Schnitte erfordert, die Elektron-nabe nur einen einzigen, der eine äußerst saubere Schnittfläche ergibt, so daß die Bearbeitungszeit auf ein Zehntel der früher erforderlichen Zeit herabgedrückt werden kann.

Ist unsere Werkzeugmaschinen-technik erst so weit gekommen, daß sie Maschinen liefert, aus denen die höchsten für Elektron möglichen Schnittgeschwindigkeiten herausgeholt werden können, dann werden sich die Unterschiede noch vergrößern und man wird von den Vorteilen dieses Leichtmetalls sicherlich in weit höherem Grade als bisher Gebrauch machen.

Kälte„maschinen“ ohne umlaufende Teile

Gießt man einige Tropfen Äther in die hohle Hand, so zeigt sich das Gefühl der Kälte, das noch zunimmt, sobald man über die Flüssigkeit hinwegbläst. Der schon bei verhältnismäßig niedriger Temperatur flüchtige Äther entzieht die für die Verdunstung erforderliche Wärme der Umgebung und erzeugt dadurch eben die Kälte. Auf dieser Verdunstungskälte beruhen auch unsere Kältemaschinen, nur wählt man hier als leicht verdampfenden Stoff das verflüssigte Schwefeldioxyd oder Kohlendioxyd oder auch das Ammoniak. Geht der Kolben des Kompressors in die Höhe, so wird Raum freigegeben und das verflüssigte Gas kann verdampfen. Dadurch wird Kälte erzeugt, die an Kochsalzlösung abgegeben wird. Kehrt der Kolben seinen Weg um, so wird unter Verwendung eines gesteuerten Ventils das Gas in eine gekühlte Rohrleitung gedrückt, verflüssigt und in den Verdunstungsraum zurückbefördert. Die Kälteflüssigkeit wird also nicht verbraucht, sie führt vielmehr beim Arbeiten des Kompressors einen dauernden Kreisprozeß aus, die Kälte an die Kälteflüssigkeit, die erwähnte Salzlösung, übertragend, die dann ihrerseits dazu verwendet werden kann, Luft zu kühlen oder Leitungswasser zum Gefrieren zu bringen.

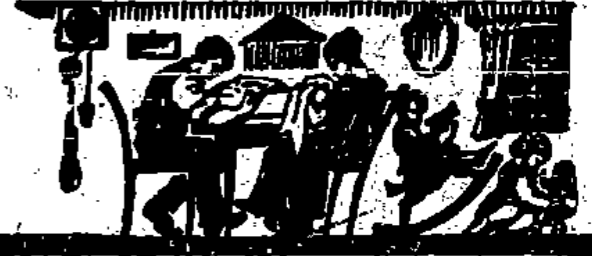
In der letzten Zeit ist es gelungen, Kältemaschinen, sogenannte Adsorptionskältemaschinen zu bauen, die keinerlei umlaufende Teile mehr besitzen. In diesen „Maschinen“ oder Vorrichtungen wird die Eigenschaft poröser Stoffe ausgenutzt, auf ihrer stark entwickelten Oberfläche Gase oder Dämpfe in beträchtlicher Menge festzuhalten, zu adsorbieren. Man weiß schon längst, daß zum Beispiel feines Holzkohlenpulver sich für solche Zwecke eignet, und zwar ist die festgehaltene Gasmenge um so größer, je niedriger unter sonst gleichen Umständen die Temperatur. Ein Stoff, der in ganz hervorragender Weise für solche Adsorptionszwecke zu verwenden ist und wohl unter allen bekannten Stoffen die größte innere Oberfläche, bezogen auf die Einheit des Gewichtes, besitzt, ist eine besondere Form der Kieselsäure, das Silica-Gel, das nun neuerdings für die Kälteerzeugung nutzbar gemacht wird. Die Arbeitsweise geht hier im wesentlichen etwa wie folgt vor sich: Die Kieselsäure steht in Verbindung mit dem über dem verflüssigten Gas stehenden Gasraum, sie saugt das Gas förmlich an und hält es auf ihrer Oberfläche fest; es kann infolgedessen neue Flüssigkeit verdampfen, Kälte erzeugt und an den Kälte Träger, die Salzlösung, abgegeben werden. Ist die Sättigung erreicht, so gelingt es durch Erhitzen, das Gas aus dem Kieselsäure-Gel wieder auszutreiben, der Gasdruck steigt und unter dem Einfluß der Kälteflüssigkeit erfolgt Verflüssigung. Entfernt man die Heizquelle, kühlt sich also die Kieselsäure ab, so ist sie imstande, wieder Gas zu adsorbieren, die Verdampfung einzuleiten, Kälte zu erzeugen und so fort. Ein zeitweises Erhitzen genügt also, um diese Kälteerzeugungsvorrichtung, die auf Kühlwaggons Verwendung finden wird, in Gang zu halten.

Mittel zur Verhinderung der Kurzschlußgefahren

Zeigt sich in einer elektrischen Anlage eine Störung, so wird immer einem Kurzschluß die Schuld zugeschoben; bricht irgendwo ein Brand aus, so ist das zweite Wort das vom Kurzschluß, der wieder die Ursache sein soll. Dieser Ausdruck wird oft mißbräuchlich benutzt; geht in einer Hausanlage eine Sicherung durch, so hört man es sofort — Kurzschluß, während sehr häufig die Sicherung nur deshalb durchschmolz, weil zu viele Lampen oder Kochgefäße angeschaltet wurden, der auftretende Strom, sagen wir, 10 Ampere war, statt der abgesicherten 6 Ampere. Läßt man hingegen die zwei zu einer Lampe führenden Drähte an blanken Stellen sich vor der Lampe berühren, so stellt sich ein sehr viel größerer Strom ein als für den Fall, daß die Lampe zwischengeschaltet ist, die Sicherung schlägt durch und hier ist die Ursache dann ein Kurzschluß. In den Hausanlagen sind die Kurzschlüsse meistens darauf zurückzuführen, daß die Isolation der Drähte abgescheuert oder schlecht ist, manchmal kann auch Feuchtigkeit die Ursache sein. Unbedeutend in der Auswirkung, falls für niedrige Stromstärken abgesichert wird, können, wenn dies nicht zutrifft, doch zuweilen Kabelbrände und Feuersbrünste entstehen. In industriellen Anlagen, insbesondere in Hochspannungsverteilungsnetzen ist die Gefahr ungleich größer: ein Kurzschluß kann hier zum Ausbruch eines Brandes, zu schweren Materialschädigungen, zu ernsthaften Unfällen führen und die Stromlieferung für größere Bezirke lahmlegen. Die gewöhnlichen Sicherungen sind hier durch selbsttätige Ausschalter ersetzt, die unter Öl liegen. Steigt an einer Stelle der Strom stark über den normal zulässigen Wert hinaus, so öffnet sich auf elektromagnetischem Wege ein Schalter, der entstehende Lichtbogen wird schnell vom Öl gelöscht und die Leitung ist unterbrochen. Der Bau immer bedeutenderer Kraftwerke hat es mit sich gebracht, daß diesen Ausschaltern mehr und mehr die Aufgabe erwuchs, immer größere Leistungen, die oft über 100 000 PS hinausgingen, abzuschalten. Hier traten nun Schwierigkeiten auf und der Betrieb derartig großer Schalter war bis vor kurzem ein Sorgenkind der Industrie. Ab und zu traten mächtige Schalterexplosionen auf, deren Ursache man sich nicht recht erklären konnte. Sei es, daß die gewaltigen Lichtbögen, die beim Ausschalten auftreten, eine teilweise Zerstörung der Kontakte und damit ein Aufrechterhalten der Strombahn bewirkten, sei es, daß der Lichtbogen das Mineralöl stellenweise zersetzte und das freiwerdende Wasserstoffgas in den über dem Öl befindlichen Luftraum einströmte und Knallgas bildete, das dann explodierte. Neuesten Nachrichten zufolge ist es jetzt einer großen Elektrizitätsgesellschaft gelungen, der vorliegenden Schwierigkeiten Herr zu werden und betriebssichere Schalter auch für sehr große Leistungen zu bauen. Der Überschlag der Lichtbögen erfolgt bei den neueren Ausführungen nicht mehr unter Öl, sondern in einer Kammer, die mit Preßluft hohen Druckes angefüllt ist.



Familie und Heim



Schönheitspflege

„Na, das ist doch nichts für uns!“ mag manche unter uns denken. Schönheitspflege, dazu gehört Zeit und Geld — und dann überhaupt — für wen? Das können wir uns nicht leisten! Freilich, die Modells im Büro, hinter dem Vordienst, die müssen sich mit so etwas befassen, fürs Publikum und für den Chef — aber hier zu Hause? Wer guckt denn da hin? Und allenfalls steht da etwas anderes auf der Tagesordnung. Gestern noch „schlanke Linie“, heute „vollschlank“ und wer weiß, was morgen dran ist. Puntroller und Hautcreme, Massagen und Palmölseifen — Sippenstift und Puderkasten — das ist so das Handwerkszeug zur Schönheitspflege, wie es jedenfalls in Tageszeitungen und in den Schönheitsjournals empfohlen wird.

Bleibt man sich aber mal genauer die Art und Weise dieser Schönheitskunst, dann sieht man, um was es dabei geht: Es ist weiter nichts als ein Zurückmachen, ein „Auf-Jung“-Stutzen; es soll etwas überhüchelt werden, das nach gewissen Ansichten häßlich sei, Falten zum Beispiel, oder zu viel Blässe, oder auch zu viel Frische. Man will bewußt etwas vortäuschen, ein anderes Alter, eine bessere Saune, eine vornehmerere Abstammung. Und es sind nicht nur die Damen der Halbwelt, die sich färben, falben und freuten, auch die der großen Welt machen sich „schön“ um jeden Preis. Es gibt auch Männer, die in diese Manier zurückgefallen sind — aber das sind nur sogenannte Männer, die ausgehakt sind. So gehen denn heute mehr Masken auf den Promenaden einher als wirkliche Menschen, und in den Theatern wird nicht mehr nur hinter den Kulissen geschminkt und gepudert, man tut das mit aller Gelassenheit auch in den Logen, auf den Rängen und in den Wandelgängen. Wie zu großgeratene, wandelnde Phantasieblumen strömen die Damen Düfte aus, die sie sich in die Kleider, ins Haar und auf die Haut gesprüht haben — so daß man buchstäblich die Nase vollkriegt, wenn man sich zwischen ihnen bewegt. Es ist, genauer betrachtet, mehr eine Pflege der Schamlosigkeit, die zu einem Typ gemodelt wird, der dann mit dem Wörtchen „schön“ behängt wird. Und wenn es auch heute nicht „moderner“ ist, Pfälzerchen im Gesicht zu tragen, so müssen doch die Augenbrauen bemalt und zartiert sein und die Augen selbst unterdunkelt, die Lippen aber kriegen Rot „aufgelegt“, möglichst süßes — wohl be- tonnmas!

Ja, es ist schon wahr, das ist nichts für uns. Obwohl leider unsere Proletarierjugend sich zwingen läßt, diesen Blödsinn mitzumachen. Sie stehen im Büro und im Laden zwischen zu vielen Gleichgültigen, die nur dem Heute leben und über ihr kleines Gebanckenkreischen mit Fäden, Geldabgebemüssen und Überflugschreien nicht hinauskommen. Diese aber würden sie ausstehen, diese Vereinzelt. Da gehts eben ums Brot. Sie müssen mitmachen. Man kann es aber auch leider bei jungen Genossen erleben, die durch unsere Jugendbewegung gegangen sind und sich doch überschulden lassen von dem bürgerlichen Fillefang.

Die Schönheitspflege ist aber gerade das, was der Proletarier sehr nötig hat, vor allem der Verheirateten, die in den Sorgen, die die Lage bringen, so leicht untergeht. Die „un- gepflegte“ Proletarierin, das ist ein nur zu bekanntes Bild, das einem Tag für Tag begegnet. Fille hat sie taugendurch wiedergegeben und Käthe Kollwitz. Es ist nur zu wahr: Die Verhältnisse, die Umgebung, die Not, das dauernde Beringssein, all das trägt dazu bei, daß einem der Sinn für Schönheitspflege verloren geht. Aber glauben wir doch ja nicht, daß sich die Verhältnisse von selber bessern. Immerfort nur eine Entschuldigung — und wenn sie auch hundertfach gerechtfertigt ist, bereit zu haben, das ist doch kein Fortschritt. Und mit Puder und Schminke ist glücklicherweise nicht getan. Das sind Mittel, die die absterbende Gesellschaft über ihre schlafgewordene Haut streicht. Die Schönheitspflege ist die Schwester der Gesundheitspflege. Kein Licht ist vom Kopf bis zu den Füßen, das ist das einzige Rezept! Man braucht nicht einen Korb mit Saub und Code an die Haut heranzugehen — obwohl das für manche Tage zum Beispiel bei plötzlicher Entlassung ins Krankenhaus (bei Unglücksfällen) oft nötig wäre. Auch die Haare brauchen nicht mit Wasser „glatt“ getrietzelt zu sein, wie uns so als Vorbild von Esmarbeck die „blühende Bäuerin“ von unseren hängenden Daffertanten zuweisen aufs Butterbrot gelegt wird. Aber um die Sauberkeit kommt es, wenn man richtig machen will, nicht herum. Ich weiß von mancher, die sich nur empfindet, um andere schlechte Gerüche zu überdecken, und der Puder wird immer wieder auf das alte Zeug draufgeschmiert. Wie antwortet eine so behandelte Haut? Sie rötet sich hinter. Denn die Poren, die in der Haut sitzen und zum Atmen wie zur Absonderung dienen, sind doch gewaltig verstopft. So gibt es denn viele Haut, die gelb und unansehnlich wird, und nicht selten entstehen auch Pickeln und Knötchen, die dann wieder mit irgendwas weggewischt werden müssen.

Zur Schönheitspflege muß eine Mutter ihre Kinder erziehen, und es geht ohne offizielles Beispiel, wenn nur die Kinder Freude haben an ihrem eigenen lebendigen Körper. Freilich muß sich die Mutter selber in dieser Schönheitspflege betätigen, denn Kinder ahnen nur zu gern nach. Saubere Füße und Fingerwägel, tags gewaschen; sauberes Haar, saubere Haut, gepflegte Zähne — das kann man auch in einer engen Wohnung. Wer auf keinen Körper achtet, wird auch auf seine Kleidung achten. Von einer „schönen“ Frau kann man ohne weiteres annehmen, daß ihr Körper gepflegt ist, nicht so rechtlich, wie er sein sollte. Nicht zu übersehen sind die feinsten Einflüsse, die von einem sauberen Körper nach innen ausstrahlen. Man sieht sich bei weitem besser, wenn man so recht häufig wascht und hat sich dann zum Kopf bis zu den Füßen ge- wäscht. Aber noch eins, das nicht vergessen werden darf. Nicht sich nicht so wundern, wenn man abgestoßen von seiner Frau, weil ihr Körper gepflegt ist, weil ihre Fingerwägel schmerz- los sind und ihr Haar so angeordnet? Ob das nicht auch dazu beiträgt, daß in manchen Beziehungen in der Ehe entsteht? Viel, rein äußerlicher Eitel, der den Mann schon so manches Mal in ge- waltiger und gefährlicher geschwie Arme geschrien hat? Aber darüber braucht man sich nicht zu ärgern, das ist ja auch so leicht zu sagen, obwohl es so leicht aus der Welt zu schaffen wäre.

Aber freilich, es wird Frauen geben, die nichts weiter sind als Arbeitsratten, die keine einzige Minute für sich erübrigen können und diese Worte von der Schönheitspflege wie Pöbel- entpfunden. Dennoch dürfen sie nicht angesprochen werden. Wir

dürfen einfach nicht in der Stumpfheit verharrten, zücker uns die Ironie der Arbeit, die Enge und der Schmutz um uns herab- gedrückt wissen möchte. Das Bewußtsein für das Leben, wie es sein sollte, muß uns erhalten bleiben, und wo es schon erstickt ist, muß es wieder belebt werden. Wir sollen nicht bloß an- fangen zu denken: Ja, wenn nicht immer die schweren Eimer zu schleppen wären, die steilen Treppen zu gehen, mehr Wasser zur Verfügung wäre, größere Räume, ja dann —! Aber nun diese Gedanken festhalten, zu Ende denken, nicht im Schutt vergraben.

Schönheitspflege der Proletarierin — das muß etwas ganz anderes sein, als was das Bürgerium heute noch darunter versteht.

Sommeridylle

Jetzt kommt, ist wieder da die Zeit, Wo zum Baden wir bereit — Kleider, so beim Mann und Weib, Kleben einfach um am Leib. Selbst das Hemdchen, wenn es schwül, Ist dem Menschen schon zu viel. Darum leuzten sie auch täglich: Ach, wie ist die Hitze eklig!

Von dem Haus will ich nicht reden — Man schließt Fenster, schließt die Türen, Selbst die Tür wird zugepackt — Und läuft rum ganz pudelnackt. Freilich ist ja das Kostüm Dar für Kreile ganz intüm; Denn wenn man nicht sehr bekannt, Ist es manches Mal genannt.

Die Moral ist doch zu dehnlich, Mann und Weib im ganzen ähnlich, Aber doch an einigen Plätzen Heimlich sich die Augen wehen; Kerne sieht sich jeder fast Wohl an dem, was er nicht hat! Also ist es nur zum Schaden, Fremde Gäste einzuladen.

Doch, wenn glühend Stirn und Waden Gilt es öftentlich zu baden. Karl — Franz — Edith und Otilie, Baden meistens Familie, Darin ist in heut'ger Zeit — Gott sei Dank — man ziemlich weit. Selbst die Unschuld sagt schon laut: Anders ist der Mann gebaut!

In dem Element, das kühlt, Schnell die Knochen abgepült, Und dann schlüpf man leider — leider, Wieder in die Alltagskleider. Strümpfe — Bänder untern Knie, Stiefel, dünne, U. B. D., Hemd und Kragen, Schlips und Weste, Rock — und Hut sogar zum Reife —

Ach, man süßt sich eben still, Wie es unsere Sitte will, Klar hab ich hier dargelegt, Was der Mann, der arme, trägt. Was die holden Schönen tragen, Darf ich nicht zu wissen wagen, Meine Frau, die guckt sonst schön: Wo hast du wohl das gesehen? (Waldemar Hilfer in Philadelphiaer Cagelbau)

Wenn ich eine moderne junge Frau wäre

Wederles Michals, der glänzende Erzähler, dessen Romane her- vorragenden Ruf genießen, hatte kürzlich in einer Damenzeitschrift ansehnlichen Aufsehen, als er in einer Gruppe der modernen jungen Frauen sprach. „In erster Linie“, sprach Michals, „würde ich einmal mein Gesicht gehörig waschen, gewiß, ich bin davon überzeugt, würde jeder, dem ich begegne, mich erstaunt und verblüfft ansehen. Ich weiß, daß ich eine Sehenswürdigkeit sein würde, denn man würde sagen: Nein, schon nur, hast du schon so etwas Dummes gesehen? Da läuft eine junge Frau herum, die nichts auf ihren Lippen und nichts auf ihrer Nase und nichts unter ihren Augen hat! Kann ein heranwachsender Mensch so ein komisches Wesen sein wollen? Das sich nicht schämt, so auf der Straße herum- zugehen! Wie unglaublich es aber klingen mag: Ich würde mich nicht schämen. Ich würde allem Geschehen zum Trotz meinen Weg fortsetzen. Inerit würde ich also mein Gesicht waschen und danach würde ich aus einem Wörterbuch zumindest sechs Eigenschaftswörter herausfinden und sie mir jezt einprägen. Denn sehen Sie, ich würde dann so gut beizulagen sein, daß ich nicht ewig und immer alles wunderbarlich zu finden brauchte, gleichgültig, ob es sich um eine neue Kleide, eine politische Lage oder das Wetter handelte.“

Ich würde, ich würde als junge Frau verschiedene Sachen anfragen. Ich würde zum Beispiel sofort eine gutegehende Uhr kaufen und sie regelmäßig ansetzen. Und wenn ich sie angesetzt habe, würde ich auf die Zuzunehr schauen und das Ding um meinen Hals genau danach richten. Das ist lässig und kom- pliziert, ach ja, aber stellen Sie sich nur vor, welche Bemühtung es Ihnen geworden würde, wenn ich pünktlich zur fest- gesetzten Zeit meine Bekannten trafe. Ich jeze ihre erstaunten Gesichter. Keine verbrannten Erdäpfel mehr, kein erster Satz der Symphe, den man auf dem Gang vor der Saalür anhören muß, keine verdrückten Gesichter von Mädchen, die nach Beginn der Vorstellung mir und meiner Begleiterin Platz machen müssen, um was zu unseren Ehren gelangen zu lassen. Würde das alles eigent- lich nicht reichlich der Mühe wert sein, zur Zuzunehr hinauf- zugehen?

Wenn ich eine moderne junge Frau wäre, würden alle meine Fremdbinnen während auf mich werden. Denn wirklich, man würde mich bereit finden, eine Mahlzeit in einem Restaurant einzunehmen, das keine Jagdband hat. Schredlich, ohne den offen- stehenden Vorzug von Schlogiastramenten zu essen und zu trinken. Und nach jeder Mahlzeit, eine Stunde lang still zu sitzen und nicht von dem Gastgeber zu verlangen, daß er wegen eines Trots die gebrauchte Menge soll werden läßt. Vielleicht würde ich es im Sommer meiner Seele lieber anders wollen, aber wenn ich eine moderne junge Frau wäre, dann hoffe ich, würde ich so lang sein, zu begreifen, daß nicht jeder junge Mann, der mir eine Auf- merksamkeit entgegen will, ein Willkomm ist und daß es daher ihm einmal gegenüberstellen würde, mich in das letzte Restaurant zu führen, das mein neuestes Abendkleid als Verzehrung brandet.

Das alles bedeutet aber noch nichts im Vergleich zu dem, was ich sonst noch tun würde. Denn sehen Sie, wenn einer meiner Bekannten eine Bekanntschaft basiert wäre auf einer Ehe, einer glücklichen Ehe, dann würde ich mich darüber unterrichten, was eine zukünftige Hausfrau zu wissen braucht, um ihre Pflicht allein zu tun zu können. Es würde viel Zeit verlangen, vielleicht so viel, daß ich das Schicksalsspiel weniger oft besuchen könnte, aber wenn man etwas erreichen will — ich würde sogar den Kaiser der Mutter für Kücherezept, Kuchensetage und dergleichen Fragen einhalten, aber ob ich das meinen Fremdbinnen erzählen würde, weiß ich nicht. Sie würden mich ja doch für eine dumme Gans halten. Wenn ich eine moderne junge Frau wäre, würde ich mir möglichst die folgenden drei Regeln immer vor Augen halten: 1. Niemand findet es häßlich, Hunger zu leiden, die voll Rifolin- fresser sind. Denke also regelmäßig den Hunger. 2. Sogar gegenüber Bekannten finden es lustig, wenn sie eine Menge Geld anfragen können, zu hören, daß ihr Geld einen gewissen Abend verbrannt hat. Versich also nicht, dies beim Abschied zu sagen. 3. Der junge Mensch hofft in der Zukunft eine Hausfrau zu finden. Verne also, daß auch das Besen eines guten Brudes in einer gewissen, ruhigen Umgebung seinen Reiz haben kann.

Der Pantoffelheld

„Du bist mir aber ein Pantoffelheld.“ sagte Franz auf dem Wege zur Versammlung zu Heinrich. „Meinst du das, weil du mich beim Geschirrabwaschen gefunden hast?“ „Ja.“ „Was wirst du dann erst denken, wenn ich dir nun sage, daß ich auch puze und zur Not einhole.“

„Aber warum hast du denn geheiratet, dafür ist doch deine Frau da.“ „Aber meine Frau hat doch die Kinder zu versorgen, mit ihnen an die Luft zu gehen, die Stube in Ordnung zu halten, zu waschen, zu lochen, zu putzen, einzuholen. Wenn man ihr da nicht ab und zu zur Hand geht, dann wird das eine Frau auch zu viel, dann ist sie nur noch Hausknecht. Wir arbeiten acht Stunden und dann ist unsere Arbeit getan. Die Frau soll von morgens bis abends auf den Beinen sein, soll Kinder unter Schmerzen gebären und nicht Zeit zur Freude mit ihnen haben. Was macht es uns aus, wenn wir zu Hause eine Stunde mit ansetzen. Sieh, du bist so lange Jahre in der Arbeiterbewegung, kämpfst für Freiheit und Gleichheit und hast bislang noch nicht begriffen, Freiheit und Gleichheit in der Familie einzuführen. Giffst du nicht deinem Kollegen im Betrieb, wenn er die Arbeit, die Last nicht tragen kann. Nur weil es immer so war, weil die Frau immer gepußt, geschraubt und im Dienste der häuslichen Sorgen ihre Lebensfreude und ihre Frische verlor, deshalb meinen die meisten Kollegen, es sei unter ihrer Manneswürde, wenn sie einmal den Misthaufen nehmen und Misthaufen holen. Die meisten bilden sich wer weiß was ein, wenn sie ihre Frau einmal mit in eine Versammlung nehmen, wenn sie auch zu viel, Frau einmal über politische Ereignisse sprechen. Die Frau hat nie Zeit, sich mit diesen Dingen zu beschäftigen und später sagt der Mann: „Ach, meine Frau interessiert sich nicht für Politik.“ Dem Kollegen im Betrieb hilft man, aber der Frau zu helfen hindert die meisten, ein verfluchtes Vorurteil, nach dem der Mann keine Hausarbeit tun darf.“

Heinrich hatte sich ganz in Aufregung geredet, man merkte, er hatte sich oft über das Verhalten seiner Kollegen geärgert. „Aber wenn die Frau nun immer nur, wenn der Mann zur Versammlung geht“, meinte Franz. „Da ist meistens der Mann schuld, weil er seine Frau nicht von vornherein an den politischen Kampf gewöhnt hat. Wenn der Mann den politischen Kampf führt und die Frau soll nur die Hausarbeit tun, so wird die Frau am Ende verbittert.“

Die beiden waren am Versammlungsort angelangt. „Gott recht“, sagte Franz, „ich habe nie darüber nachgedacht.“ Darauf bekam Franzens Frau in ihrem Mann auch einen guten Kameraden. Hans Dohrenbusch.

Deutsche Offiziere machten sich beliebt

„Jedes Automobil zu grüßen“

Mob. Etappenkommandantur 12/III Etappeninspektion, 2. Armeekorps 5. Mai 1916.

An den Bürgermeister in Clary

Trotz wiederholten Besuchen in den Bekanntmachungen der Kommandantur und den Versammlungen der Bürgermeister kommt es noch sehr häufig vor, daß die deutschen Offiziere von den Männern der Gemeinde gar nicht oder in nachlässiger Weise begrüßt werden. Ich ermahne mich und befehle wie folgt: Jeder Mann muß alle deutschen Offiziere und Beamten, die das Offiziersabzeichen tragen, grüßen, das heißt den Hut abnehmen. Der militärische Gruß durch Anlegen der Hand an die Kopfbedeckung ist den Einwohnern nicht gestattet. Die stehenden Personen müssen sich erheben. Die Zigarre muß aus dem Munde, die Hände aus den Taschen genommen werden. Die Männer, welche nicht oder in nachlässiger Weise grüßen, werden mit vierzehn Tagen Gefängnis bestraft. Es empfiehlt sich, jedes Automobil ohne Böger zu grüßen, da es, wenn dieses sehr schnell fährt, oft schwierig ist, zu erkennen, ob Offiziere darin sitzen. Diese Bekanntmachung muß zweimal wöchentlich vom Ausrufser ver- lesen werden. G. L. G., Oberst u. Komd.

Jede Frau wird untersucht

Derjelbe Kommandant hat ein Jahr später verfügt, daß die weiblichen Einwohner von 6 Uhr abends an ihre Häuser nicht mehr verlassen dürfen, weil einige Frauen beim Durchmarsch englischer Gefangener diesen etwas zu essen geben wollten. Insofern die weibliche Bevölkerung sich aber das Vorgehen der deutschen Militärverwaltung, als sie die periodische ärztliche Untersuchung aller Französinen anordnete und sie mit Brutalität und Altruistesse durchführen ließ. Aus einem Befehl des Platzkommandanten von Lamberstadt vom 2. November 1917 sei folgendes zitiert:

Jeder Einwohner weiblichen Geschlechts im Alter von vierzehn bis sechzig Jahren, der einem kriegsführenden Staat angehört, ist der monatlichen Untersuchung unterworfen, von der keine Befreiung gewährt wird... Die Untersuchungen finden in der Bürgermeisterei an jedem zweiten und dritten Sonntag jeden Monats von 9 Uhr morgens bis 1 Uhr mittags statt... Pünktlich müssen sich die Mädchen, die ihr vierzehntes Lebensjahr er- reichen, zur Untersuchung einfinden.

Zivilisten zum Tode verurteilt

7. Mob. Etappenkommandantur

La Frère, den 14. August 1916.

Durch Urteil des Kriegsgerichts in Laon vom 21. Juni 1916 sind vier Zivilisten zum Tode verurteilt worden (namentlich angeführt), weil sie feindlichen Soldaten, die sich vom November 1914 bis Mai 1916 in Zivil hinter der deutschen Front aufgehalten haben, Hilfe, und Obdach gewährt haben. Ferner ein Landwirt, weil er den nächstgelegenen Behörden nicht sofort die Gegenwart von feindlichen Soldaten hinter der deutschen Front mitgeteilt hat. Da ein großer Teil der Einwohner der Gemeinden La Vallée und Flaques ohne Zweifel von dem verkehrlichen Treiben oben- genannter Personen Kenntnis gehabt hat, wird die Hälfte der männlichen Bevölkerung von La Vallée und Flaques während der Dauer des Krieges in einer Arbeiterkompanie arbeiten. G. Neist, Oberst und Kommandant.

Falsche Deutung

Als er seinen Vortrag beendet hatte und das Publikum verließ, drängten von allen Seiten Leute heran, die ihn begeistert die Hände schüttelten. Während nahm der Redner die Glückwünsche entgegen, aber seine Augen waren auf einen Mann gerichtet, der eben still aufstand, um den Saal zu verlassen. Er ging zu ihm hin, streckte ihm beide Hände entgegen und sagte:

„Ich möchte Ihnen für die Aufmerksamkeit danken, mit der Sie meinem Vortrage gefolgt sind. Ihre sinnsam aufwärts gerichteten Augen waren mir eine göttliche Inspiration!“ „Bilden Sie sich man bloß nichts ein“, war die Antwort, „ich habe seit drei Wochen ein steifes Genick.“

Das Konzert

„Am, Mädchen, du warst gestern zum ersten Male im Konzert. Wie war es denn?“ „Ach, eine Dame schrie, weil sie ihre Arme vergessen hatte, und ein Sellenner spielte dazu Klavier.“

Ferientage in den Vogesen / Von Fritz Kummer

Schiffe fahren übers Gebirge

(Schluß)

Ein liebliches Stückchen Erde, die Vogesen. Von ihrer Schönheit und Weichfülle bekommt man schon vom Zug Straßburg-Paris aus einen trefflichen Begriff. Der halbstündige Bahnstreck von Straßburg bis Zabern geht durch eine fast hügellose Ebene. Blinkende Wasseradern und saubere Dörfer beleben sie. Wohlgepflegte Acker mit stropfender Frucht lassen auf fleißige Bauernhände und guten Boden schließen. Gleich hinter Zabern drückt sich der Zug durch einen Tunnel in ein enges Tal. In zahllosen Windungen schlängelt er sich an den Bergabhängen weiter. Von all den Höhen grünen die lichten Wälder von Bauernhäusern. Demnach wird auch dort oben Ackerbau und Viehzucht betrieben.

Dem Bahngleis laufen bald zur Rechten, bald zur Linken zwei Wasseradern, die lustig plätschernde Jörn und der still ruhende Rhein-Marne-Kanal. Der Kanal fesselt in mehr als einer Hinsicht. Seinen Erbauern scheint es an Kühnheit nicht gefehlt zu haben. Denn vor fast hundert Jahren eine Schiffsfahrstraße über ein Gebirge hinwegzuführen, war damals sicherlich ein gewagtes Stück. Der Kanal überwindet das Gebirge mittels Schleusen, wovon an die 50 auf der Ostseite und fast 30 an der Westseite der Vogesen liegen. Oben auf der Höhe bei Arzweiler liegen neun Schleusen knapp hintereinander. Dort geht der Wasserweg durch einen halbstündigen Tunnel weiter und steigt dann rückwärts wieder zu Tal. Unter dem Wassertunnel rast ein Zug nach dem andern.

Der Durchgang durch die Schleusen verfrachtet viel Zeit und Kraft. Die Seilung oder Senkung des Rahnes auf den oberen oder den unteren Wasserspiegel geht zwar verhältnismäßig schnell, aber Einfahrt und Ausfahrt aus der Schleuse kann natürlich nur sehr langsam vor sich gehen. Vesperungsdicht ist diese Art der Güterbeförderung entschieden billiger als mit der Bahn. Nur zwei oder drei Menschen mit zwei Pferden sind nötig, um den 40 Meter langen und gut 5 Meter breiten Rahn, der die Ladung von vielen Bahnwagen aufnimmt, fortzubewegen. Es werden nur schwere Güter, wie Kohle, Gestein, Kali und Roheisen befördert. Die Rähne können meist von Werkplatz zu Werkplatz fahren, wodurch die Umladung der schweren Last erspart wird. Die französische Regierung trägt sich mit dem Plane, den Kanal zu elektrifizieren; es soll damit bei Straßburg schon begonnen sein.

Auf dem Kanal spielt sich ein ruhiges, aber auch fesselndes Leben ab. Viele der Bootsführer sind Eigentümer ihres Rahnes. Er ist dem Führer und seiner Familie Wohnstätte und Arbeitsplatz, sein Grund und Boden, seine Daseinsmöglichkeit. Der Mann steht am Steuer (zuweilen auch die Frau), der Junge oder die Tochter führt die Pferde am Treidelweg, die Mutter locht und wäscht und versorgt die junge Brut. Wo erwachsene Kinder fehlen, treibt ein Gehilfe die Pferde. Das Tagewerk dauert von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang, ja geht zuweilen die Nacht hindurch. Wenn am späten Abend irgendwo angelegt wird, sieht man die Frau noch immer beim Kochen und Waschen, währenddem treibt der Mann die Pferde über die Gangplanke in den Rahn, wo der Stall ist, und füttert sie.

Bräutige Kerle findet man unter den Bootsführern; unter den Franzosen wie auch unter den Deutschen. Wer sich fahrlustig zeigt, den laden sie gerne zur Mitfahrt bis zur nächsten Schleuse oder noch weiter ein. Auf Fragen geben sie ohne Gezier bestimmte Antwort. Zu einem Plausch sind sie abends, wenn sie die müden Knochen auf dem Deck ausstrecken, immer bereit, zumal wenn die Aussicht auf Kunde von der Welt jenseits der Grenze blüht. Während drüben am Bergabhäng ein Zug nach dem andern vorbeirattert, herrscht hier hüben auf dem Rahn himmlische Ruhe und Kühle.

Diese Gegend ist zur Raft vorzüglich geeignet. Mutter Natur hat so ziemlich alles gehäuft, was der Stadtmensch zur Erholung bedarf: Kühle Wälder und frische Bäche, lustige Höhen und liebliche Täler. Wald und Feld sind in Überfülle vorhanden.



Kanallandschaft

Man kann stundenlang in ungestörter Einsamkeit wandern, mit dem lieben Gott im Nichtstun weiterfahren, Sonnen- und Wasserläder nehmen, ohne befürchten zu müssen, von irgend jemand behelligt zu werden. Wer dem Angelsport huldigen will, kann der jetzt sich eben an einen der Bäche oder an den Kanal und tut, was er nicht lassen kann. Das Pfund Forellen wird dort mit 15 Franken bezahlt. — Zu den Vorzügen der Natur fügt sich ein freundlicher Menschenschlag, der sich gegen einen Plausch nicht sträubt und für wenig Geld gibt, was Acker und Garten oder die Milchwirtschaft beschert. Was Wunder, daß sich hier Gäste aus Mühlhausen und Saarbrücken, aus Paris und Metz zusammenfinden. Und wer des Französischen mächtig ist, der wird auch in den eigentlichen Franzosen angenehme Geselligkeiten finden. Die Kinder der beiden Nationen kommen, obwohl sie verschiedene Sprachen sprechen, gut miteinander aus. Es ist herblüffend, wie schnell die Kleinen die fremden Worte auffangen und zu Sätzen formen, zumal wenn die Alten ein wenig dabei helfen.

Die Annehmlichkeiten, die Natur und Bevölkerung bieten, werden glücklicherweise nicht durch hohe Preise vergällt. An den deutschen Ferientagen gemessen, lebt man in den Vogesen billig. Hier zahlt man in der Hauptsache 4 bis 5 Mark je Person und Tag für ein sauberes Zimmer und vorzügliches Essen. Das

Essen befriedigt den Feinschmecker ebenso sehr wie einen Schwerarbeitermagen. Trint- und Bedienungsgeld oder Kurtaxe ist mir nie abverlangt worden, ein Vorzug, den der Feriengast im neppreichen Deutschland vergeblich sucht. Aber auch das andere, was man außer der Wohnung und Pension braucht, ist billig. Die Schuhe werden für 4 Mark bestellt, für das Haarschneiden zahlt man etwa 17 Pfennig und der Kaiserer schabt einen für 12 Pfennig sauber glatt. Außerdem bekommt man — die Freunde der Abtinnung wollen gütigst verzeihen! — für eine Mark einen ganzen Liter Mosel, der immer und immer wieder zur Nachprobe reizt.

Doch die Schönheit der Natur oder die Niedrigkeit der Preise ist das Auffälligste nicht, sondern die Zurückhaltung der Ordnungsmächter und der Takt der Gäste. So gelegentlich trägt man sich ins Fremdenbuch ein, nach Pässen oder sonstigen Ausweisen sind auch wir, die Deutschen, nie gefragt worden. Nicht nur das. Verschiedenartig kamen Menschenpaare auf eifrige Lage. Selbst der oberflächliche Beobachter wurde bald inne, daß der Zivilstand dieser Pärchen nicht durch den Trauschein limonadisiert war. Keinem Menschen fiel es ein, darin etwas Unziendliches zu sehen; keine Silbe, keine Geste, kein Ton-



Silsbische Dorfstraße

fall, der sich dahin hätte deuten lassen, daß die Pärchen unwillkommen oder an ihnen etwas auszuweisen sei. Für jedermann war er wie jeder andere der Monsieur und sie wie jede andere die Madame. Ob dergleichen wohl in dem „freiesten Freistaat“ der Fall ist?

Würde doch erst kürzlich von einer keineswegs milderischen Zeitung der Weltstadt Leipzig berichtet, wie sehr es sich dort die Polizei angelegen sein läßt, die Hotels nach antilich nicht beglaubigten Pärchen durchzuspüren. Und mit einem gewissen Stolz wurde in der Zeitung erzählt, wie es die Polizei anstellt, um diebeten Landrenteln, die wegen der einmüchtigen Raumbegrenzung einen falschen Namen in das Fremdenbuch eintragen, die sechs Mark Strafe für die falsche Namensangabe abzulösen.

Ich drückte einem elsässischen Ortsbürger mein freudiges Erstaunen über den Takt der Gäste und über die Zurückhaltung der französischen Polizei aus. Ja, das sind doch Selbstverständlichkeiten, meinte er. Da scheint sich bei euch drüben noch nicht viel geändert zu haben. Früher hat die deutsche Polizei bei uns auch im Elsaß überall herumgeschmüffelt. Geschimpft haben wir, aber besser ist es nicht geworden. Wir Elsässer können eben nicht unter Ordnung die von der Polizei verursachte Unordnung verstehen. Die Polizei hat ordentliche Leute, die nichts als ihre Ruhe wollen, in Ruhe zu lassen. Die Polizei hat Frieden zu halten, aber nicht Unfrieden herbeizurufen. Das sieht die französische Polizei wenigstens ein.

Um mir den Unterschied zwischen einst und heute handgreiflich zu zeigen, fuhr mein elsässischer Bekannter fort: „Sehen Sie den Herrn in Uniform, der sich dort hinten an dem Tisch mit den Gästen unterhält? Ja? Nun, das ist ein französischer Oberst. Wäre es in Deutschland denkbar, daß sich ein Oberst mit so einfachen Leuten wie mit seinesgleichen unterhält? Nein? Gut, kommen Sie, wir wollen ein Glas mit ihm trinken.“ — Und so geschah es. Als wir uns trennten, sagte der Elsässer: „So ist bei uns jetzt die bürgerliche Gleichheit. Nur werden Sie eher verstehen, warum wir uns bei Frankreich besser fühlen als bei Deutschland.“

Und die Rückkehr zu Deutschland?

Damit hatte der Einheimische eine Zweifelsfrage berührt, die zu klären ich ja hauptsächlich in die Vogesen gekommen war. Seine Rede enthielt ein Wort, das wie eine Sehnsucht nach Deutschland hätte gedeutet werden können. Er mochte zu seiner Bestimmung durch die trübe Erfahrung mit der deutschen Herrschaft besonders während des Krieges gekommen sein. Seine Stellung zu Deutschland — oder Frankreich — entsprach übrigens der der vielen Leute, die ich auf früherer Kreuz- und Quersfahrt durch elsässische Städte und Industriebezirke ausgedrückt hatte. Keine einzige Stimme hatte ich vernommen, die den Wunsch nach Rückkehr zu Deutschland ausgedrückt hätte. Wie aber denken und fühlen die Bewohner der Dörfer, die mit dem politischen Streit wenig oder nichts zu tun haben und mehr von innerem Empfinden beunruhigt werden? Ist aber nicht vielleicht die (atholische) Landbevölkerung, die doch den wenn auch nur mehr gefühlsmäßigen Heerhaufen der (katholischen) Autonomisten bildet, von Sehnsucht nach Deutschland erfüllt?

Das war die Frage, auf die ich eine Antwort an Ort und Stelle suchen wollte. Die wochenlangen Ausflüge in die Dörfer boten probate Gelegenheit dazu. Durch das wiederholte Kommen wurden die sonst vorsichtigen Leute zutraulich und gesprächig. Sie waren besorgt, daß ihnen die Laienschule von Paris aufgezwungen werden könnte, über hohe Steuern klagen sie auch. Wie aber mit dem Französischen als Unterrichtssprache? Na ja, das sei tatsächlich bedenklich, die Kleinen Kinder, die daheim nur deutsch sprechen, gleich zu zwingen, nur französisch zu reden und erst im dritten Schuljahr mit dem Deutschen zu beginnen. Am Ende lernten die Kinder keine der beiden Sprachen richtig. „Aber Sie glauben gar nicht, wie's Mariechen schon französisch spricht!“ schloß ein Bauer seine Klage über den zwangsmäßigen französischen Schulunterricht. Der Alte war also stolz darauf, daß sein Mädchen jetzt auch französisch lernte. Hatte ich das mir

von einem Manne und Vater gehört, es wäre nicht des Erwähnens wert; aber ich habe genügend Grund zu glauben, daß er keine Ausnahme, sondern die Regel darstellt.

Gewiß wird die zwangsmäßige Einführung des Französischen als Unterrichtssprache als eine unangenehme Störung des Altersertrages empfunden, zuweilen darin eine Erschwerung der Berufstätigkeit gesehen. Daneben wird jedoch auch des großen Vorteils gedacht, den die Kenntnis des Französischen für die Jungen bedeutet. Zwei Sprachen beherrschen, heißt eine erhebliche Verbreiterung der Betätigungsmöglichkeit, eine große Überlegenheit der Elsässer den Allfranzosen gegenüber. Mit dem zwei Sprachen erhalten die jungen Elsässer die Schlüssel zu zwei Kulturen und die Möglichkeit, nach zwei Seiten hin ein Fortkommen zu suchen. Diese Vorteile sind zu groß, als daß die Bedenkenden dagegen recht aufkommen könnten. Und das heranwachsende Geschlecht wird die Bedenken seiner Väter überhaupt nicht mehr haben, weil es in einer anderen Umgebung emporkommen und in anderem Geiste erzogen worden ist.

So zahlreich und berechtigt die Klagen der elsässischen Landbevölkerung, der ich begegnete, auch über die neue Herrschaft oder ihre Maßnahmen sein mögen, sie sind entschieden weniger gerichtet, als die sie einst über die deutsche Herrschaft hatte. Dies findet seine Bestätigung darin, daß ich keinen Bauern getroffen habe, der eine Rückkehr zu Deutschland wünschte. Wohl aber habe ich Erlebnisse gehört, die sie bestimmen, sich rücksichtslos gegen einen etwaigen Versuch zu wenden, der auf die Wiederherstellung des früheren Zustandes hinausläuft. Aber von einem derartigen Versuch ist nirgends etwas zu merken. Mehr als 99 von der elsässischen Bevölkerung denkt nicht im Traume an eine Rückkehr. Was die Elsässer heute an Beschwerden haben, das hoffen sie nach und nach selbst abzuwehren.

Das Unbehagen, das vielberebete „malaise“ ist zweifelsohne heute noch allenthalben vorhanden. Allein, es wird sich um so eher mildern, je weniger die französische Regierung den Entwicklungsprozess durch gewaltsame Eingriffe zu beschleunigen versucht. Dem „Hans im Schnadenloch“ ist nur einmal mit Zwang nicht beizukommen; er will von oben ungestört sein Leben leben und sein Schicksal zimmern. Verschiedene Vorkommnisse der letzten Zeit, vor allem die Prozesse von Paris und Besançon gestatten anzunehmen, daß man in Paris geneigt ist, die Parochie und Torheit durch Willde und Einseitigkeit abzulösen. Vor allem wird sich die Regierung Zeit lassen müssen, denn die Zeit arbeitet ja für sie. Deutschland, auch das republikanische, reizt die Elsässer nicht, bestimmt nicht. Die deutschen Patrioten können das glauben.

Der Sekretär

Ich meine nicht den Staatssekretär oder gar den von Ludwig Thoma so glänzend skizzierten Postsekretär, der gar noch im Himmel sein bürokratisches Schema mit aller Gewalt durchsetzen wollte, und deshalb von Petrus kurzerhand wieder auf die Erde zurückbefördert wurde.

Ich meine den Sekretär allgemein, schlechthin — den Sekretär als allgemeinen Begriff, der in sich zusammenfaßt alle führenden Geister und familiäre amtliche Genies, die zwischen den beiden Polarkreisen auf dieser budligen Erdbugel ihr Unwesen treiben — das heißt ein geordnetes Büro einrichten, ohne welches es auf der Welt nun einmal nicht auszukommen wäre.

Ein Sekretär ist einfach überall, wo es gilt, das Leben in eine bestimmte Form zu pressen; wo es gilt, überkommene Gebräuche, Sitten und Gebräuche zusammen mit den Personalien eines Staatsbürgers auf einem amtlichen Formular mit Aktenzeichen und Stempel zu versehen, mit einer Bürolammer zusammenzusetzen und in einer wohlgeordneten Registratur für alle späteren Fälle des Lebens abzulegen.

Von der Geburt bis zum Tode steht der Mensch — der deutsche besonders — unter der getreuen Obhut irgendeines Sekretärs. Beim Standesamt, bei der Erhebung irgendeiner Steuer, bei der Abhebung einer Rente oder Pension, bei Anlegung eines Vermögens und bei Veräußerung eines solchen, bei der Bahn, bei der Post, bei der Staats- und Kommunalverwaltung, bei der Beförderung seiner eigenen Person oder seiner Habe mit dem Schiff oder einem andern Transportmittel — allüberall hat ein immer wie bestellter und bestellter Sekretär seine Hand im Spiele. Der Eisenbahn-, der Post- oder der Steuersekretär sind nur Beispiele. Von allen gibt es — nicht zu vergessen — noch einen Obersekretär, der sich von dem lieben Gott lediglich durch eine Sonderkenntnis der mit Rente und Stempeln bezogenen Kleppenhäufen unterscheidet.

Wie wird man Sekretär? — Preisfrage. — Einfach, wenn man einen Papa mit gutem Einkommen hat, noch leichter, wenn er gar selber Sekretär ist.

Gute Schule, möglichst bis zum Matur, wenn nicht, dann doch Obersekundareife. Oft hat es nicht ganz gelangt bis zum Studium, manchmal ist dem Sohn, manchmal dem Vater dabei der Atem ausgegangen. Tut nichts. — Keine praktischen Berufskenntnisse? — Ganzpraktische gute Verbindung bei der Stadt, dem Staat oder bei der Behörde. Laufbahn: Hilfsarbeiter, Sekretär, Geheimsekretär, Obersekretär — Kammerhelfer, Arzierenverwalter, Pension!

Wenn nicht ja, dann ein anderer Weg: Madonnen über eine neue Sache. — Gefunden! — Verein für Selbsthilfe! Was man sich alles darunter denken kann? Ist Würdigt! Nur die Endbedingung laut in die Welt posieren: Verein bilden, gründen, Vereinsblatt gründen, Vorstand bestellen. — Kaffe und Vereinsblatt selber in der Hand behalten, Sicherheit für alle Fälle. Kontrolle, wo das Geld hinkommt. Großzügige Mitgliederbewegung — alles findet in der Welt sein Publikum.

Der Verein wird größer — Anstellung eines besonderen Sekretärs wird notwendig. Ben sonst als ihn — ihn, der sein ganzes Leben in den Dienst der guate Sach gestellt, der Tag und Nacht für die Idee gewirkt!

Das gleiche im Privatbetrieb. Man hat seit Jahren sich bemüht, für einen besonderen Zweck ein besonderes Büro einzurichten. Man ist dabei auf sehr viel Widerstand gestoßen, hat aber schließlich doch gefiegt. Und nun das neue Büro? Man hat eine Lebensaufgabe gefunden: Das Büro wächst. Man braucht eine Sekretärin. Keine ganz junge mehr, etwas erfahren muß sie sein, tüchtig im Fach, anpassungsfähig und — hübsch, wenn sie ist, wird man billigerweise nichts dagegen einwenden können, denn der Sekretär beweist damit doch nur sein Verständnis für alles Gute und Schöne und zeigt, daß er Recht hat auf einen Kunstsekretär.

Sekretäre beherrschen die Welt, sie sind die Könige der heutigen Zeit, in der ganze Wälder zu Papier und darüber hinaus zu Aktenbündeln verarbeitet werden. Danken wir Gott, daß wir Sekretäre aller Art und in allen Rangstufen haben, die dem gewöhnlichen Schicksal des bescheidenen Alltagsmenschen eine geordnete Richtung geben und ihn in ein borgeordnetes Formular einreihen.

Wie groß wäre das Unheil, wenn es keine Wauern, keine Arbeiter und ähnliche simple Leute gäbe, die die Lebensgüter für die Menschen erzeugen. Um wieviel größer aber wäre das Unheil für die Welt, wenn der — Sekretär plötzlich verschwinden würde? Einfach nicht auszubedenken.



Verbandsleben



Die Organisierung der Arbeiterinnen Wie gewinnt man sie?

Zu dem Aufsatz des Kollegen Fritz Kummer in Nr. 22 der MZ haben sich schon einige Kolleginnen geäußert. Auf Grund meiner Erfahrungen möchte ich dazu folgendes sagen:

Es ist ganz klar, daß je mehr die Rationalisierung vorwärtsschreitet, die Frauenarbeit in der Industrie überhand nimmt. Daraus ergibt sich für die Gewerkschaften die wichtige Aufgabe, sich mehr denn je um die Arbeiterinnen zu kümmern. Bei der Gewinnung der Arbeiterinnen spielt nicht zuletzt eine Rolle, daß die Frauen, zumal die erwerbstätigen, viel später als die Männer ins öffentliche Leben treten und daß sie durch die Führung ihres Haushaltes überlastet sind. Gewiß ist auch die Meinung sehr vieler Frauen, die die Fabrikarbeit immer noch als etwas Vorübergehendes betrachten, zu beachten. Es ist ganz richtig, daß die Gewerkschaftsorganisation zu sehr von den Männern für die Männer geleitet wird.

Nun aber ist doch in Erwägung zu ziehen, daß die Frauen nicht so allgemein behandelt werden dürfen, wie das bei den Männern der Fall ist, sondern man muß allen ihren großen und kleinen Sorgen und Nöten das richtige Verständnis entgegenbringen. Dies kann aber in den wenigsten Fällen der Mann. Hier sollten nur weibliche Funktionäre in Betracht kommen, weil sehr viele Frauen sich überhaupt nur einer Frau anvertrauen wollen. Die Frau, die durch die Führung des Haushaltes zum spärlichsten Rechnen gezwungen ist, wiegt zehnmal ab und untersucht, ob ihr Geld, das sie durch Beitrag bezahlt, auch wirklich nutzbringend angelegt ist. Davon die Frau zu überzeugen, ist eines der wichtigsten Punkte bei der Werbung.

Die Kollegin Elfriede Belger sagt, daß man erfolgreiche Lohnkämpfe ohne die notwendige Mitgliederzahl nicht führen kann. Diese einfache Feststellung darf aber der Weisheit letzter Schluss nicht sein und nicht dazu führen, eine abwartende Stellung einzunehmen. Waren die Gewerkschaften im Anfang nicht klein? Und sind sie nicht nur dadurch groß geworden, daß sie die wirkliche Vertretung und Führerin in Kämpfen der Arbeiterschaft wurden? Hier haben sie den Beweis erbracht, daß es ihnen Ernst mit der Durchsetzung der Forderungen war: höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit, Arbeiterurlaub usw. Genau so steht es heute um die Arbeiterinnen. Mit aller Kraft muß der Kampf um die Besserstellung, um ihre Forderungen überhaupt, propagiert und auch allen Ernstes eingeleitet werden. Nur so gewinnen wir das Vertrauen unserer Kolleginnen, um sie zu Mitstreiterinnen zu machen.

Doch wie ich schon eingangs erwähnte, spielt auch die Überlastung der Frau bei ihrer Gewinnung für die Organisation mit als Funktionsfaktor eine außerordentlich wichtige Rolle. Sie hält sie sehr oft von dem viel wichtigeren Pflichtenkreis ab. Hier muß mit der Hebel angelegt werden. Was bisher auf diesem Gebiete von den Arbeitervertretern getan wurde, ist viel zu wenig. Dies zeigen die paar Dutzend Kinderrippen der Millionenstadt Berlin, von Stuttgart und anderen Städten ganz zu schweigen.

Es muß mit allem Nachdruck für Errichtung kommunaler Kinderrippen, wo die Arbeiterin ihre Kinder für wenig Geld unterbringen kann, um nach Arbeitslohn Gelegenheiten zum Besuchsbesuch zu haben, gekämpft werden. Diese Forderung hängt so eng mit dem Arbeiterinnenkampf zusammen, daß meiner Meinung nach die Gewerkschaften sich ganz ernsthaft damit befassen müssen. Wenn für die Errichtung kommunaler Bäckereien, Schlachtereien usw.

Dies sind alles Dinge, die die Arbeiterin hindern, den notwendigen Anteil am gewerkschaftlichen Leben zu nehmen. Dahin müssen wir streben und von den Arbeitervertretern in den Parlamenten verlangen, daß sie sich ernstlich dafür einsetzen. Durch Erlebens hat meine Hoffnungen auf das Parlament sehr gering, deshalb sage ich, daß man letzten Endes auch vor außerparlamentarischen Mitteln nicht zurückweichen darf.

Vor allen Dingen gelten natürlich für die Arbeiterinnen die Forderungen: Erhöhung der Löhne überhaupt, gleicher Lohn für gleiche Leistung, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, wirksamen Arbeiterinnenkampf. Diese Forderungen müssen bei künftigen Lohnbewegungen eine einflussreiche Rolle spielen, wenn man der Arbeiterin den Weg geben will, der ihr gehört.

Vor allen Dingen müssen die Kolleginnen mehr als bisher als Vertretungskräfte und als Betriebs- und Arbeiterleiter, aber auch in allen Angelegenheiten des Verbandes einzutreten. Das Wort ist so vieler Kollegen gegen die Frau noch verschwieben. Suchen wir also geeignete Mittel und Wege, der Arbeiterin zu zeigen, daß es sich lohnt, im Kampf um die Besserstellung ihrer Lebenshaltung anzureifen.
H. Gauselmann, Stuttgart.

Aus dem Großbetrieb

Bei den Betriebsratswahlen haben oft erbitterte Kämpfe stattgefunden, als bei den Wahlen zu den Parlamenten. Zwar wird allgemein gesagt, daß die Personalauswahl nicht wesentlich mit. Dazu kommt noch die Befähigung der Bewerberinnen. Jede hat Sonderwünsche und will eine Sonderbehandlung. Eine Kleinräumigkeit im Großbetrieb. Die gelehrten Berufe nehmen hier eine oft rühmliche Stellung ein. Hochverdienstlich wollen sie in dem Betriebe ihren Sonderwünschen Geltung verschaffen. Hier haben die Betriebsräte und Betriebsleiter zu entscheiden und außerdem einzugehen. Dem Unternehmer ist solche Sonderbehandlung recht. Wir wollen uns, er herrscht. Die politischen Bewegungen spielen wohl auch eine Rolle, jedoch mehr nach außen als nach innen. Im Betriebe sind die Profiteure meistens unerschrocken. Jeder Mitarbeiter wird nach Profiteurenschaft in die Schanze geschoben. Inzwischen, unerschrocken sind die „radikalen“ Unternehmer. Es gilt, solche Profiteure durch intensives Schaffen im Betriebe zu überwinden zu machen.

Als Betriebsräte werden natürlich ganze Berufe gebraucht, die nicht inoperabel sind. Sie müssen natürlich auf freigeberische Weise stehen und in jeder Stunde mit den Verbänden arbeiten. Nur so ein Erfolg. Gut ist dabei, daß die Betriebsräte unter hundert Arbeitern stehen. Sie müssen nicht verstanden werden. Eine Gewerkschaft im Betriebsrat ist eine Sache für sich. Wir sind unter uns. Runder Tisch wird solange geschoben, jedoch in späterer Hinsicht auch der Versuch zu erfolgen gelang. Viele Kollegen haben heute schon persönliche Angelegenheiten, die dem Betriebsrat nicht auf der Höhe sein will, erledigt werden müssen. Betriebsrat und Betriebsrat. Schwere sind die Aufgaben bei Gewerkschaften. Da man nur die Leiter zu demütigen Profiteure erziehen. Er arbeitet sich nur der Kleinräumigkeit bis zur warmen Gewerkschaft. In ganzen Verbänden, im Einzelnen oft erziehbar. Die Gewerkschaften sind bescheiden, an den meisten Stellen sind es die Profiteure, die die Diktatur des Betriebes.

Unerschrocken ist die Überarbeitung. Jeder hat viele Kollegen, die in wenig gewerkschaftlich geformt und infolge dessen für Menschen nicht zu haben. Und hier müssen die Betriebsräte die Lage genau prüfen und bestimmen eingreifen, auch wenn es den Kollegen nicht paßt. Denn brauchen sie den Kampf, sie auch arbeiten wollen. In Sachen der Betriebsrat im Betriebe, der Betriebsrat und Betriebsrat nicht nur kleine Arbeiter. Der Betriebsrat soll gewiß nicht schwächer sein, aber auch nicht werden muß er. Bei Unfällen und deren Verhütung kann man managen. Betriebsrat, Betriebsrat, ohne Not wird oft geschwächt.

und im Unglücksfalle reihen sich die Kollegen oft selbst hinein durch Schwachhaftigkeit. Hier fehlt Solidarität. Streitigkeiten zwischen Kollegen nehmen oft schlimme Formen an. Vor allem bei Frauen, die in schwachen Stunden Vertrauensverhältnisse austauschen. Hier muß der umsichtige Betriebsrat mit einem Schwuppdiß drüber weggehen und die Streitigkeiten und -härten befrachten.

Eine der schwierigsten Arbeiten, denen nur wenige Betriebsräte gewachsen sind, zeigt sich bei den stündlich auftretenden Konfliktfällen. Es verfallen sich die betreffenden Kollegen und der Vertreter sehr oft die Sache durch ein unangebrachtes Erregtsein, das wohl verständlich, aber zwecklos ist. Was nützt es, wenn man mit dem berechtigten Stoppuhrmann nach schlägt und ihn weiterhoppeln läßt? Kühle und Besonnenheit machen den Herren das Handwerk schwerer. Hier muß es heißen: Kommt zu dir der Stoppuhrmann, dann nur gleich den Betriebsrat rufen. Leider lassen sich die Kollegen beiderlei Geschlechts zu leicht beeinflussen. Sie schimpfen auf den Stoppuhrmann, schämen aber gleich noch schneller drauflos. Man kommt aus dem Staunen nicht heraus. Der Betriebsrat muß hier die Ruhe bewahren, sonst kommt der Kollege um seine Pfennige. Und Bähigkeit ist am Plage. Gut man bei der neunten Verhandlung keinen Erfolg, geht man zum elften Male ran. Bei Neueinstellungen sei das Arbeitsamt mit allen seinen Fehlern dem Betriebsrat oberstes Gesetz. Wer sich auf Schieberlei einläßt, wird geschoben. Den Arbeitslosen, die müde, sich daher leicht beeinflussen lassen, muß mehr ins Bewußtsein gehämmert werden, daß Kinderwertigkeitsgefühle den Geldbeutel schädigen. Sie müssen bei Neueinstellung ihren früheren Lohn verlangen. Nicht etwa denken, nur erst mal runter, soll der Betriebsrat laufen und die Pfennige holen. Die Gehälter müssen eine besondere Beachtung erfahren, wenn auch der Meister nach macht. Auch den Lehrgesellen muß man mal auf den Kamm steigen und ihnen mitteilen, daß es ihr eigen Fleisch und Blut ist, das sie zu betreuen haben.

Die Meister und Vorarbeiter, mit denen man am meisten Scheerereien hat, sind wahrhaftige Dammstöpfe. Hier muß man zupacken, wie es am besten geht. Besondere Beachtung muß der Gesamtbetriebsrat den schicksalträchtigsten Frauen und Männern entgegenbringen. Denn diese Menschen wirken ungewollt als Bleiwicht. Geht dem Hilfsarbeiter einigemmaßen gut, wirkt sich nach oben aus, und umgekehrt. Allgemein ist Missetätigkeit keine gute Eigenschaft für den Betriebsrat. Auch hier ist Neben Silber, Schweigen aber Gold. Das Ganze sehen und von diesem Standpunkte aus das Einzelne bearbeiten in Geduld und Ruhe. Die Sprechstunden des Betriebsrates sollen keine Schuttabladeplätze für blühende Kritik sein. Wenn Belegschaft, Betriebsräte und Gewerkschaften sich zum Ganzen fügen, dann gibt es einen guten Klang, den die öffentliche Meinung von uns haben soll und muß, soll das Mitbestimmungsrecht keine Farce sein.
F. Ulrich, Frankfurt.

Hermann Schulz

Am 20. August ist Hermann Schulz, noch nicht 57 Jahre alt, an Herzschlag plötzlich gestorben. Den größten Teil seines Lebens war er für die Arbeiterbewegung gewerkschaftlich wie politisch in seiner Heimat in Ostpreußen tätig. Noch nicht 30 Jahre alt, war er unser Bevollmächtigter in Gding. Gleichzeitig amtierte er als Stadterbener für die Sozialdemokratische Partei. Hermann Schulz arbeitete damals als Dreher in einer kleinen Maschinenfabrik und sein „Arbeitsgeber“ war ebenfalls, allerdings bürgerlicher Stadterbener. Oftmals erzählte Schulz im Freundeskreis, daß er mit Abfuhr und in bezwungener Stimmung stets seinen - Arbeitgeber und Stadterbenerfolgern - um Urlaub ersuchte, um an der Stadterbenerberufung teilzunehmen. Wie es damals üblich war, wurde auch Hermann Schulz unter nichtigem Vorwand von diesem Unternehmer entlassen. Aber Kriegsereignisse und sonstige wirtschaftliche Nachteile konnten ihm die Freude und Kampfeslust für die Arbeiterbewegung nicht vergrämen.

Im Jahre 1903 übersiedelte Schulz nach Berlin. Als Bevollmächtigter unserer Organisation, Arbeiterausführungsmittel bei verschiedenen Betrieben sowie als Ortsverwaltungsmittel bei dortigen Verwaltungsstellen hat Kollege Schulz mehr als seine Pflicht und Schuldigkeit getan. Später lehrte er nach seiner Heimat wieder zurück, wo er als Geschäftsführer unseres Verbandes bis in die Kriegszeit hinein tätig war. Gleichzeitig bekleidete er mehrere Vertrauensposten für die Sozialdemokratie, deren Sekretär von Königsberg er 1920 wurde. Die Arbeiterbewegung in Ostpreußen schickte ihn in die Nationalversammlung. Seit Dezember 1923 gehörte er dem Reichstage an.

Unerschrocken und unerschrocken hat Hermann Schulz jederzeit seinen Kampf geführt. Am hat der Tod diesen wackeren Streiter ohne fröhlichen Abschied, die ihn gekannt haben, werden ihm ein trübes Andenken bewahren.

Emil Höllein

Noch nicht einmal 50 Jahre alt, verstarb am 18. August unser Verbandskollege Emil Höllein an einem Gallenleiden. Mit ihm ist eines unserer Mitglieder dahingegangen, das schon in früherer Kindheit in die tiefsten Tiefen des proletarischen Elends gedrungen hat. Er wurde in dem kühlen meiningischen Orte Eichsfeld geboren. Sicher wurde er mit vier Geschwistern von Belgien zurückgebracht, als dort seine Eltern gestorben waren. Als Kind wurde er mit den Almosen von Bayern vorlieb zu nehmen. Nachdem er die Schloßerei erlernt hatte, kam er (1902) nach Jena, wo er bald unsern Verband und der Sozialdemokratischen Partei beitrug. Hier hat er verschiedene Ämter in der Arbeiterbewegung bekleidet. Nach dem Siege lag seine Tätigkeit fast nur auf politischem Gebiete, da er die Kommunistische Partei im Reichstage vertrat, wo er sich besonders mit der Sozialpolitik und der Wohnungsverhältnisse beschäftigte.

Auch an wackeren Verhandlungen in Jena nahm er äußerst lebhaft teil. Mit lebensfroher Energie vertrat er dort seine Ansichten. Das hat er zeitlebens so gehalten. Er hatte viel erlitten, um in kühl gewohnter Weise leben zu können. Seine unwürdige Lebensweise machte ihn zu einem wirksamen Verbandsorganisator. Obwohl er seit einer Reihe von Jahren politisch anders dachte und handelte als wir, wollen wir seiner an seiner Ehre in Achtung gedenken und uns seiner Opfer und seiner Tätigkeit für unsern Verband wie für die Gewerkschaftsbewegung überhaupt in voller Anerkennung erinnern. Er hat uns sehr vielen Mühen und Sorgen für seine Sache gewirkt. Dafür sei ihm gedankt. Dem alten Verbandskollegen unsere tiefsten Grüße.

Heim der Verwaltungstelle von Karlsruhe

Unsere Verwaltungstelle von Karlsruhe hat in Gagganau im Rheingau ein eigenes Heim geschaffen. Das Gagganau am Rhein wurde gründlich angekauft und gut hergerichtet. Die Wirtschaftsweise wie auch der Saal und die Gartenwirtschaft werden den besten Umständen fünf Fremdenzimmer mit allem und warmem Wasser stehen den Fremden zur Verfügung. Hier von den Kollegen und Genossen auf einen oder viele Tage ins Rheingau kommt, möge das Heim benutzen. Der Preis für zweigebettete Verpflegung ist 4,50 M. den Tag, bewegt sich demnach weit unter dem im Schwarzwald üblichen Satz. Anfragen sind an unsere Verwaltungstelle in Karlsruhe oder an den Wirt H. Schmidt, Gagganau im Rheingau, Hauptstraße 1, zu richten.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart
Telephon-Nummern: S.-A. 62841, 62842, 62843

Mit Sonntag dem 1. Sept. in der 36. Wochenbeilage für die Zeit vom 1. bis 7. September 1929 fällt.

Häufig werden Anfragen einzelner Mitglieder an den Vorstand gerichtet über Angelegenheiten, die ihre Erledigung leicht durch die zuständigen Ortsverwaltung finden können. Weitens ist diesen Wünschen ein Ausweis über die Mitgliedschaft nicht beigefügt, der unbedingt erforderlich ist, wenn auf eine Beantwortung gerechnet wird. Die Mitglieder sollten sich stets zunächst an die Ortsverwaltung wenden.
Stuttgart, Röntgenstraße 16. Der Vorstandsvorsitzende.

Zur Beachtung! • Suzug ist fernzubalten:

von Danzschloßern nach Berlin St.;
von Gasföhrerarbeitern aller Branchen nach Basel St.;
von Elektromonteurern nach Hamburg (Schwachstrom) St.;
von Formern und Gießereiarbeitern nach Solingen (Z. Yale & Lohne früher Boge & Raften)
von Klempnern und Installateuren nach Köln St.
L = Lohnbewegung; D = Differenzen; v. St. = Streit in Sicht; St. = Streit; W. = Maßregelung; Wt. = Wiltstände; A = Auslieferung.
Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen über die Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Verbandsanzeigen

Benhart Rhein. Als Geschäftsführer wurde der Kollege G. Heßler, Rassel, gewählt. Den Bewerbern besten Dank.
Reine. Zum Bevollmächtigten wurde gewählt der Kollege Hans Gallinis, Dortmund. Den Bewerbern besten Dank.

Eine „Schule der Arbeit“ in Köthen

Unsere Verwaltungstelle in Köthen, Anhalt, ersucht uns mitzuteilen, daß sie eine „Schule der Arbeit“ errichtet hat, der der Genosse Prißer als Leiter und alleiniger Lehrer vorsteht. Der Lehrgang soll nicht das Wissen vermehren, das Theater, Rundfunk und Volkshochschulen geben, sondern auf ein geschlossenes Weltbild gerichtet sein. Die Schule gibt keine Zeugnisse aus, sondern nur eine Bescheinigung über den Besuch. Man hofft, daß diese Bescheinigung den Besuchern, die sich auf der Wirtschaftsschule in Dürrenberg oder an anderen Volkshochschulen weiterbilden wollen, als Empfehlung diene.

Jubiläumfeier in Jorze

In einer von fast allen Mitgliedern und ihren Angehörigen besuchten Zusammenkunft wurden am 10. August von der Verwaltungstelle in Jorze a. S. erneut 22 Jubilare geehrt. Damit ist die Zahl der Mitglieder, die unserer Verwaltungstelle 25 und mehr Jahre die Treue hielten, auf 73 gestiegen. Von den 856 Mitgliedern in Jorze sind also 20 bis Verbandsjubilare.

Zu Ehren der Jubilare hatte die Ortsverwaltung ein Festprogramm, bestehend aus Konzert und Gesangsbeiträgen, zusammengestellt. Im Auftrage der Bezirksleitung und des Vorstandes sprach Bezirkssekretär Lorenz a. Hannover den an einer mit Blumen geschmückten Tafel sitzenden Jubilaren die wärmste Anerkennung für ihre dem Verbands geleisteten Dienste und für die ihm bewiesene Treue aus, wobei er in großen Strichen die Entwicklung des Metallarbeiter-Verbandes und im besonderen den Werdegang der Verwaltungstelle Jorze schilderte. Zum Schluß ermahnte Lorenz die jungen Kollegen, den Ältern nachzuaufpassen und das von den Ältern begonnene Werk fortzuführen. Im Auftrage der Ortsverwaltung überreichte der Nebner den Jubilaren eine von der Verwaltungstelle gestiftete Ehrenurkunde. Bei Musik und Tanz blieben die Versammelten noch einige Stunden zusammen. 23. 2.

Die neue gewerkschaftliche Großorganisation

In wenigen Wochen wird eine neue gewerkschaftliche Großorganisation gebildet werden. Die Verbände Deutscher Verkehrlöhner, Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter und der Verband der Gärtner und Gärtnerinnen werden in den letzten Tagen Verhandlungen abgeben, die zu dem Entschluß führen, eine Einheitsorganisation unter dem Namen „Vereinigte Verbände der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen und des Personals“ und „Warenverkehrs“ zu errichten. Die neue Organisation wird ungefähr 700 000 Mitglieder haben und damit zur zweitgrößten Gewerkschaft Deutschlands werden. Gemeinsame Verbandstage sollen am 19. bis 21. September stattfinden und den endgültigen Zusammenschluß vollziehen. Durch diesen Zusammenschluß geht die Zahl der selbständigen Gewerkschaftsverbände noch weiter zurück. Am Schlusse des Jahres wird nur noch die Hälfte der Zahl vorhanden sein als vor einem Jahrzehnt.

Lohnhöhe Nr. 6 - einliegend 30 Mark

Wenn wieder eine Woche in harter Arbeit zu Ende ist, dann stehen wir in langen Reihen vor dem Schieberfenster. Ein kurzer Ruf. Ein gelbes Züchgen liegt in unserer Hand. In ungelicher Schrift hat ein Lehrling „30 Mark“ draufgeschrieben. Einmal ist es mehr, einmal weniger, 30 Mark - welchen Schweiß, welche Arbeit hat es uns gekostet, bis die Zahl „30 Mark“ draufsteht? Und doch erheben Millionen von Arbeitern diesen kurzen Augenblick. Wie viele Millionen von Büchgen entspringen angefüllt der Kohnhöhe den Herzen der Arbeiter? Genie können wir uns das ersehnte Buch kaufen, heute können wir dies und jenes schaffen. Zu diesem Gedanken führen wir aus der Fabrik unserer Wohnung zu. Dort beginnen wir zu rechnen und zu rechnen - 30 Mark! - zu wenig für uns, für Frau und Kinder. Vergaben sind mit einem Male all die Hoffnungen und Wünsche. Unerbittlich sind wir an die 30 Mark gekettet. Sie sind unser Leben, unsere Zukunft auf sieben lange Tage. - Knirschend umbauen Arbeiterverhältnisse dies kleine Züchgen. Im weiten Bogen möchten wir es wegwerfen. Was sind 30 Mark für den, für den wir arbeiten? Und was sind sie für uns? Jubelruf unseres Daseins, unserer Lebensführung: Für 30 Mark in der Woche verkaufen wir unsere Seele, unsere Freiheit, unser Leben und Blut, für 30 Mark werden wir Maschinen. Und doch soll uns unser Kohnzählchen Wegweiser werden und sein. Jeder Sonntag hämmert es uns ein, jede Kohnhöhe schreit es uns ins Gehirn: Denkt und kämpft! Werbet Menschen!
Kurt Dahlitz

Gewerkschaftsideologie

Von F. A. Scholtz

(Alle Rechte vom Verfasser vorbehalten.)

Gewerkschaftsideologie ist das Gedankengefüge, das in den Satzungen der Gewerkschaften aufgeschrieben ist. Ihre Begriffe entnehmen die Gewerkschaftsführer und die Mitglieder diesem Gefüge. Sie sprechen und handeln nach ihren Satzungen. Wer unter den Angestellten und Arbeitern anders denkt und handelt, der denkt und handelt nicht gewerkschaftlich. So denken und handeln die Nichtorganisierten meist ungewerkschaftlich. Aber auch manche Gewerkschaftsmitglieder sprechen manchmal in einer Weise, daß man nicht recht weiß, wozu mit ihnen. Sie fordern Dinge, die von den Gewerkschaften nicht gebilligt werden, oder sie schlagen Wege ein, die grundsätzlich als verfehlt gelten müssen. Was diese sagen, ist nicht gewerkschaftsmäßig: ihre Sprache entspringt nicht der Gewerkschaftsideologie.

Man weist auf der gegnerischen Seite gerne auf solche Unverantwortliche hin und bezeichnet ihre Denk- und Handlungsweise als gewerkschaftsideologisch. Was aber einzelne Schreiber oder Eigensinnige vordringen, kann nie als gewerkschaftsverbindlich angesehen werden. Als gewerkschaftsverbindlich kann nur gelten, was in den Satzungen steht und was auf Vorstands- und Spitzentagungen beschlossen wird. Da werden die Ziele gesteckt, die Wege und Mittel zur Erreichung der Ziele bestimmt. An diese muß sich jeder halten, der sich mit gewerkschaftlichen Forderungen auseinandersetzen möchte. Nur diese Ideologie gilt.

Wie innerhalb einer politischen Partei der eine über gewisse zeitgemäße Fragen anders denken kann als der andere, so auch bei den Gewerkschaften. Jedes einzelne Mitglied und jeder Führer hat das Recht, seine Meinung zu äußern und in der Gewerkschaft durchzusetzen. Wer nicht „wildweilt“, es gibt, wie jeder Kenner weiß, dafür eine Ordnung. In den Versammlungen die Geschäftsordnung, nach der gesprochen und beschlossen wird. Beschlüsse werden nach den hierfür vorhandenen Bestimmungen gefaßt. Durchweg nach dem Mehrheitsgrundsatz, in gewissen Fällen nach dem Zweidrittelssatz. Dort und hier ist Gelegenheit, zu glauben, zu meinen und sich durchzusetzen. Was aber einmal beschlossen ist, gilt und danach muß gehandelt werden. Das ist wahre Gewerkschaftsideologie!

So ist also oberster Grundsatz: Einordnung, Einfügung in das Ganze! Nach der Gewerkschaftsideologie gibt es keine Einlagen für Einzeltäter. Dennoch: die Gewerkschaften sind nicht nur in einen Rahmen eingezwängt. Wären sie dies, dann könnte man mit einem gewissen Recht von Schwärmern und Träumern sprechen. Aber ihren ganzen Zielen nach (kurz: wirtschaftlichen und sozialen Bestrebungen) sind sie innig mit der Wirklichkeit verbunden. Sie sind mehr als Wirklichkeitsnahe, sie sind inmitten der Wirklichkeit. Deshalb brauchen die Führer und Verantwortlichen schöpferische Regung. Ähnlich wie die Richter einen Rechtstendenzen nicht mit der Begründung abweisen dürfen, sein Fall sei in den Gesetzen nicht vorgesehen, so darf auch kein Führer oder Vertrauensmann der Gewerkschaft sagen, so etwas stehe nicht in den Satzungen. Sie müssen sich aller Angelegenheiten annehmen, die berufswirtschaftlicher und berufsozialer Art sind, und mit für ihre bestmögliche Lösung sorgen. Nicht alle möglichen Fälle können in den Satzungen vorgeesehen sein. Das Leben und die Wirtschaft sind vielseitig. Manchmal ist Eile nötig, ein andermal ist ein Vorbild oder Muster vorhanden, nach dem man handeln könnte. Da muß aus dem Stegreif heraus gedacht und gehandelt werden.

Aus dem Augenblick heraus zweckmäßig entscheiden, was geschehen oder nicht geschehen soll, ist nur möglich, wenn die Entscheidenden die Gewerkschaftsideologie kennen: also Geist von ihrem Geist sind und das nötige Fingerfertigkeit besitzen. Ein solches Wissen und solche Fähigkeiten wachsen niemand selbsttätig zu, sondern beides wird durch längeres Lernen und Üben erworben. Dabei erkennt man, daß auch noch anderes als Wissen und Fertigkeiten nötig ist, nämlich: Verantwortungsgesühl und Gewissen. Der Führer muß vor den Geführten (nicht vor einem oder dem andern, sondern vor der Gemeinschaft) und vor sich selber bestehen können. Der

Führer kann nicht an einer Strippe im Gang gefest werden. Die Gemeinschaft kann ihn nicht lenken. Er empfängt wohl von ihr seinen Auftrag und die Richtung zum Ziel, aber zwischen dem Auftrag und der Erreichung des Ziels muß er sein persönliches Wissen und Können, sein Geschick und seine Fertigkeiten entfalten. Je mehr er von der echten Gewerkschaftsideologie erfüllt ist und zum zweckmäßigen, praktischen Handeln begabt ist, um so eher wird er seine Aufgabe erfüllen.

Es führt zu ganz falschen Ansichten, aus gelegentlichen Spitzentagungen im Kampf mit den Unternehmern auf den Kern und den Grundgehalt der Gewerkschaften zu schließen. Gewisse Zeitungen stellen die Sache so dar, als ob die Gewerkschaften „von allen guten Geistern verlassen“ seien. Nach solchen Darstellungen könnte man glauben, daß man es in den Gewerkschaften mit Menschen zu tun habe, die so dumm sind, daß sie den Akt abfügen, auf dem sie sitzen. Das täten sie, wenn sie der Wirtschaft Bedingungen stellen, die sie nicht erfüllen kann. Immer wieder kann man lesen: So kann die Wirtschaft nicht hochkommen, so wird sie ruiniert — unerfüllbare Forderungen, um einem agitatorischen Bedürfnis zu genügen — Verpefzung des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer — Terror der Organisierten usw. Sonderbar dabei ist, daß die Wirtschaft noch lebt und sogar vorwärts kommt, wenn auch nicht gerade in der Weise, wie es die Gewerkschaften wünschen. Das eigene Wohl erstrebt der Gewerkschafter in der Gemeinschaft, der Berufs- und Staatsgemeinschaft.

Das Wohl aller ist das Ziel der Gewerkschaften, und das führen sie nicht nur im Munde, sondern all ihre Einrichtungen zeigen dafür. Mißgriffe einzelner dürfen den Gewerkschaften als Selbstverwaltern ihres Geschicks nicht angeteilt werden. Sie müssen doch, wenn sie praktisch in die Gestaltung des Wirtschaftslebens eingreifen (wie etwa bei Lohnforderungen, Arbeitsbedingungen, gesundheitlichen Bestrebungen), meist angreifen. Nicht weil sie das Draufgehen an sich lieben, sondern weil ihnen oft keine andere Wahl bleibt. Ihre Gewerkschaftsideologie kann ihnen unmöglich vorschreiben, wie sie im Einzelkampf vorgehen haben. Das muß sich danach richten, wie die Gegenseite sich benimmt. Es ist deshalb auch falsch, aus der Art dieses oder jenes gewerkschaftlichen Vorgehens mehr zu machen, als es ist, oder ihm etwas zu unterchieben, was den Zwecken der Gewerkschaften und ihrem Geist ganz fern liegt (wie etwa: Der Wirtschaft ein Bein zu stellen, sie hinterrücks zu überfallen und zu schädigen).

Die Gewerkschaften sind, wie schon gesagt, inmitten der Wirtschaft; sie starren nicht in unabsehbare Fernen; sie sind auf Geduld und Verbeiß mit der Wirtschaft verbunden. Es kann ihnen und ihren Mitgliedern nur gut gehen, wenn es der Wirtschaft gut geht. Besser als die Gegenseite glaubt, wissen sie, daß aus einem leeren Faß nichts zu schöpfen ist. Aber sie wissen auch, daß sie nur dann vorwärts und zu ihrem Recht kommen, wenn nicht jeder einzelne seine Angelegenheiten mit dem Unternehmer ordnet, sondern daß sie weiterkommen, wenn sie gemeinsam vorgehen. Nur wenn sie Einrichtungen haben, die planmäßig alles aufnehmen, beobachten und durchdenken, was dem Arbeiterwohl dient, können sie das Mögliche durchsetzen. Einrichtungen dieser Art nennen wir Gewerkschaften. Gewerkschaften sind Einrichtungen, die für das Gewerkschaften die Bahn für die Gewerkschaftsangehörigen frei machen: in den Arbeitsbedingungen, dem Gehalt oder Lohn, in der Arbeitszeit, in den Häusern, dem Urlaub, den gesundheitlichen Wertseinrichtungen, in der Rechtsprechung, der Vermaltung, in den staatsbürgerlichen Rechten, im Wohnungswesen, den öffentlichen Vorsorge- und Fürsorgeeinrichtungen, im Bildungswesen, kurzum: im Staat, in der Wirtschaft und in der Gesellschaft. Die Sprache, die sie sprechen, die Begriffe, die sie anwenden, um sich Geltung zu verschaffen und ihre Ziele zu erreichen, das ist eben die Gewerkschaftsideologie. In einen Satz gefaßt heißt sie: Angestellte und Arbeiter wirtschaftlich und sozial empor!

Der „Recht“, gute „Sitten“ ist ein äußerst bedauerliches und ist kurz gefaßt das, was der Anschauung und Geflohenheit der Mehrheit des Volkes entspricht. Das Reichsgericht hat den Begriff Sitten dahingehend erklärt, daß es sagt: „Was ein Durchschnittsmensch in einem bestimmten Falle tun oder nicht tun würde, ist Sitten.“

Nun zu den Bestimmungen gegen fristlose Entlassung. Absatz 2 des § 123 BGB besagt: „In den unter Biffer 1 bis 7 gedachten Fällen ist die Entlassung nicht mehr zulässig, wenn die zugrundeliegenden Tatsachen dem Arbeitgeber länger als eine Woche bekannt sind.“ Mit dieser Frist überschritten, dann wird angenommen, daß darin ein Verzeihen und damit ein Verzicht des Unternehmers auf sein Recht zur fristlosen Entlassung liegt. Biffer 8 des Abs. 1 ist von den Gewerkschaften schon meist durch tarifliche Abmachung gemildert worden, so daß er nicht mehr in seiner vollen Schärfe zur Anwendung gelangen kann.

Grachtet der von einer solchen Entlassung betroffene Arbeiter den Grund als nicht zutreffend, dann hat er dieses sofort dem Unternehmer, am besten in Gegenwart einwandfreier Zeugen, in nicht mißzuverstehender Form zum Ausdruck zu bringen. Dadurch brüht er aus, daß er bereit ist, seine Arbeitskraft weiterhin dem Unternehmer zur Verfügung zu stellen. Ein etwaiges tägliches Erzielen im Betrieb und Durberfügungstellen ist nicht notwendig. Erst durch das Angebot des Arbeiters setzt sich der Unternehmer in Annahmeverzug gemäß § 615 BGB, aus dem der Arbeiter seine Ansprüche für die Fortzahlung des Lohnes während der Dauer der ordentlichen Kündigungsfrist herleiten kann. Anrechnen muß er sich dabei lassen, was er während dieser Zeit erworben oder hätte erwerben unterlassen hat.

Weiterhin hat er beim Arbeiter- und Betriebsrat sofort (Biffer 5 Tage) Einspruch zu erheben. Er führt sich dabei auf § 84 Abs. 2 BGB (Nichtvorliegen eines Kündigungsgrundes, BGB 108/182). Diese Ansicht ist allerdings bestritten, da dadurch eigentlich neben den vier Einspruchsgründen des § 84 BGB ein fünfter gegeben wäre. Die herrschende Ansicht geht dagegen davon aus, daß regelmäßig in der außerordentlichen Kündigung zugleich eine außerordentliche Kündigung mangels Vorliegens eines Kündigungsgrundes unwirksam sein sollte, den Arbeitsvertrag jedenfalls ab dem nächsten zulässigen Kündigungsstermin beendigen solle. Der Arbeiter könne daher nur dann mit seinem Einspruch Erfolg haben, wenn sowohl die außerordentliche Kündigung unwirksam sei, als auch gegenüber der in ihr liegenden ordentlichen Kündigung ein Einspruchsgrund gegeben sei.

Die Einspruchsfrage kann vom Arbeiter selbst oder vom Arbeiterrat beim Arbeitsgericht erhoben werden. Zu empfehlen ist, daß dies vom Arbeiterrat geschieht, da dann der entlassene Arbeiter als Zeuge und nicht als Partei auftritt und außerdem bei der Abweisung der Klage keine Gerichtskosten zu tragen hat. Wird vom Arbeiter kein Einspruch erhoben, dann wird ihm vom Arbeitsamt die Unterstützung gesperrt (eigenes Verschulden).

Grund zu sofortiger Entlassung ist beharrliche Arbeitsverweigerung durch Streik

(Eine Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts)

Am 12. Juni 1923 trat die Belegschaft eines Stanz- und Emailwerkes in Albed in Streik. Da die Arbeiter trotz besonderer Aufforderung nicht mehr zur Arbeit erschienen, schrieb die Firma an jeden eine Postkarte, daß er wegen beharrlicher Arbeitsverweigerung entlassen sei. Diese Entlassung wegen beharrlicher Arbeitsverweigerung ist im gegenwärtigen Fall deshalb von größter Bedeutung, weil nach dem Tarifvertrag für die Metallindustrie in Albed Arbeiter, die Grund zur fristlosen Entlassung gemäß § 123 der Gewerbeordnung geben, keinen Anspruch auf Urlaub haben. Der Kläger ist einer der entlassenen Arbeiter. Er bestritt, durch die Beteiligung am Streik begründeten Anlaß zur fristlosen Entlassung gegeben zu haben; vielmehr habe er durch den Streik befunden, daß er die Arbeit ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist niederlege, wozu er nach der Arbeitsordnung berechtigt gewesen sei. Er verlangt deshalb Abgeltung des verbierten Urlaubs.

Nachdem Arbeitsgericht Albed und RWG Hamburg der Klage stattgegeben hatten, hat das Reichsarbeitsgericht die Klage endgültig abgewiesen. Aus den Entscheidungsgründen: Das RWG geht davon aus, daß der Kläger das Recht gehabt habe, die Arbeit ohne Kündigung niederzulegen und folgert daraus rechtsirrtümlich, daß ihm auch das Recht zugestanden habe, die Arbeit „zeitweilig“ niederzulegen. Diese Schlussfolgerung ist verfehlt. Das gute Recht der Belegschaft war es, den eine Kampfmaßnahme darstellenden Eintritt der Belegschaft in den Streik mit einer entschlossenen Gegenwehr zu beantworten. Und als solche ist die Aufforderung der Belegschaft zur Wiederaufnahme der Arbeit anzusehen. Der Kläger kann demgegenüber nicht geltend machen, daß er durch die Niederlegung der Arbeit zu erkennen gegeben habe, daß er das Arbeitsverhältnis gemäß der Arbeitsordnung für sofort kündige. Denn nach der herrschenden und auch vom Reichsarbeitsgericht geteilten Meinung pflegt ein Streik ebenso wenig wie mit einer Aussperrung die Lösung des Arbeitsverhältnisses beabsichtigt zu sein; beide Teile rechnen vielmehr mit der Fortsetzung des bisherigen Arbeitsverhältnisses, wenn auch in etwas abgeänderter Form. Das Recht der Kündigung schließt auch nicht das Recht zur zeitweiligen Einstellung der Arbeit in sich. Der Kläger, der nicht gekündigt hat, sondern in den Streik getreten ist, hat daher seine Vertragspflicht verletzt, indem er die Aufforderung der Belegschaft, seine Tätigkeit fortzusetzen, unbesorgt ließ. Sein Verhalten kann nur dahin aufgefaßt werden, daß er sich keinesfalls der Anordnung der Belegschaft fügen werde. Darin liegt eine beharrliche Arbeitsverweigerung, die seinen Anspruch gemäß des Tarifvertrages (II Biffer 7) als unbegründet erheben läßt. (RWG 862/23. — 26. Juni 1923.)

Unberechtigter Bezug von Arbeitslosenunterstützung

In den Mitteilungen des Landesarbeitsamts Sachsen, Der Arbeitslosenunterstützung, Nr. 82, finden wir eine Notiz über die Frage, ob unberechtigter Bezug von Arbeitslosenunterstützung durch Aufzählung einer Ordnungstrafe geahndet werden kann. Wir geben die Notiz wieder:

„Gegen den Arbeitslosen M. in B. wurde vom Spruchauschuß eine Ordnungstrafe in Höhe des zweifachen täglichen Unterhaltungsbedarfes ausgesprochen, weil M. die Meldung über Gelegenheitsdienst unterlassen und dadurch die Reichsanstalt geschädigt hatte. Die Ordnungstrafe und der Schädigungsbeitrag sollten in Raten eingezahlt werden. Eine gelegentliche Aufgabe an die Staatsanwaltschaft wurde von dieser dahin beantwortet, daß der gegenwärtige Sachverhalt einen reinen Verfallungsbeitrag darstelle, der nur strafrechtlich geahndet werden könne. Derartige Beitragsfälle seien daher stets der Staatsanwaltschaft zur Anzeige zu bringen, andernfalls die betreffenden Amtsleiter sich selber der Gefahr aussetzen, sich strafbar zu machen. Die Aufzählung einer Ordnungstrafe führe lediglich die Unterlassung der Meldung.“

Kollegen, werbt für euren Verband
Gibt die gelesten Metallarbeiter-Zeitungen
zur Werbung an die Unorganisierten!

Die fristlose Entlassung

Wie hat sich der Arbeiter zu verhalten?

Für die gewerblichen Arbeiter gilt als Grundlage der § 123 der Gewerbeordnung, der die Gründe enthält, die zu einer fristlosen Entlassung berechtigen. Besonders zu betonen dabei ist, daß diese dort erschoffen aufgeführt sind, mit einigen Ausnahmen, die in § 124 a BGB vorzusehen für Arbeiter, mit denen eine längere als 14tägige Kündigungsfrist vereinbart worden ist. Da dieser Fall jedoch in der Praxis sehr selten vorkommen dürfte, kann hier von einer eingehenden Auslegung des § 124 a Abstand genommen werden.

Andererseits ist es mit § 123 der Gewerbeordnung, der in seinem Inhalt die Gründe in einzelnen Ansätze. Nach ihm können gewerbliche Arbeiter sofort entlassen werden:

1. wenn sie bei Abschluß des Arbeitsvertrages den Arbeitgeber durch Vorgehen falscher oder verfälschter Arbeitsbücher oder durch unrichtigen Hinzugang oder ihn über das Bestehen eines anderen, sie gleichzeitig verpflichtenden Arbeitsverhältnisses in einen Irrtum verführt haben.
2. wenn sie bei Abschluß des Arbeitsvertrages den Arbeitgeber durch Vorgehen falscher oder verfälschter Arbeitsbücher oder durch unrichtigen Hinzugang oder ihn über das Bestehen eines anderen, sie gleichzeitig verpflichtenden Arbeitsverhältnisses in einen Irrtum verführt haben.
3. wenn sie die Arbeit unbefugt verlassen haben oder sonst nach dem Arbeitsvertrag ihnen obliegenden Verpflichtungen nachkommen beharrlich verweigern.
4. wenn sie die Arbeit unbefugt verlassen haben oder sonst nach dem Arbeitsvertrag ihnen obliegenden Verpflichtungen nachkommen beharrlich verweigern.

Zur beharrlichen Arbeitsverweigerung gehören wiederum zwei Bedingungen, wenn sie als Grund für eine sofortige Entlassung Anwendung finden soll. Beharrlichkeit setzt voraus, daß die Tat mehr als ein Mal geschehen sein muß und daß zwischen der vorletzten und letzten Verweigerung eine Verwarnung mit dem Hinweis auf eine fristlose Entlassung im Wiederholungsfalle vorliegt. Der Arbeitskampf (Streik) beendet das Arbeitsverhältnis nicht ohne weiteres. Allerdings wird auch von der Rechtsprechung der Streik als eine beharrliche Arbeitsverweigerung angesehen und berechtigt somit zur sofortigen Entlassung, jedoch muß der Unternehmer die Entlassung mit dem Hinweis auf den Streik begründen. Dem Schluß wäre nach der passiven Widerstand zu erwähnen, der ebenfalls ein sofortiger Entlassungsgrund ist.

4. wenn sie die Verwarnung ungeachtet mit Feuer oder Blut unbefuglich umgehen.
5. wenn sie sich Tätlichkeiten oder grobe Beleidigungen gegen den Arbeitgeber oder seine Vertreter oder gegen die Familienangehörigen des Arbeitgebers oder seiner Vertreter geschehen lassen.
6. wenn sie vorsätzlicher und rechtswidriger Sachbeschädigung zum Nachteil des Arbeitgebers oder eines Mitarbeiters schuldig werden.
7. wenn sie vorsätzlicher und rechtswidriger Sachbeschädigung zum Nachteil des Arbeitgebers oder eines Mitarbeiters schuldig werden.

Die Tätigkeit der Arbeitsgerichte

Für das erste Halbjahr der Arbeitsgerichtsbehörden wird jetzt über deren Tätigkeit berichtet. Nach Wirtschaft und Statistik waren am 1. Januar 1929 vorhanden: 527 Arbeitsgerichte, 80 Landesarbeitsgerichte und das Reichsarbeitsgericht. Im Jahre 1928 waren bei den Arbeitsgerichten insgesamt 879 689 Sachen im Urteilsverfahren anhängig, 88,8 vH davon waren Arbeiterurteilsverfahren, 88,8 vH Angelegenheiten der Gewerkschaften und 9,8 vH Handwerksurteilsverfahren. Die meisten Rechtsstreitigkeiten, 859 979 gleich 94,3 vH, ergaben sich aus dem Arbeits- und Lehrverhältnis und aus unerlaubten Handlungen, soweit sie mit dem Arbeits- oder Lehrverhältnis im Zusammenhang stehen. In 16 377 Sachen hatten die Arbeitsgerichte über Entlassungsstreitigkeiten zu entscheiden. In 2089 Fällen über Streitigkeiten zwischen Tarifvertragsparteien und in 498 Sachen über bürgerliche Rechtsstreitigkeiten zwischen Arbeitern aus gemeinsamer Arbeit und aus unerlaubten Handlungen, soweit diese mit dem Arbeits- oder Lehrverhältnis im Zusammenhang stehen. Der verhältnismäßig größte Teil der Streitigkeiten fand seine Erledigung ohne Entscheidung im Streitverfahren, und zwar wurden durch Vergleich im Güteverfahren, mit dem die mündliche Verhandlung zu beginnen hat, 27,4 vH der Rechtsstreitigkeiten und im streitigen Verfahren 12,8 vH beendet. Währen wurden 40 vH der Streitigkeiten vor den Arbeitsgerichten in Güte beigelegt. Der Wert des Streitgegenstandes betrug in 82 vH der Fälle bis zu 100 M., bei 15 vH lag er über der allgemeinen geldlichen Berufungsgrenze von 5000 M., bei 1 vH über 4000 M.

Die Landesarbeitsgerichte hatten sich im Jahre 1928 mit 18 497 Berufungen im Urteilsverfahren zu beschäftigen. Die Berufungen wurden in folgender Weise entschieden: Berufungsurteil, 2,8 vH, Zurückweisung der Berufung, 27,5 vH, Stattgabe, 11,7 vH, gemischte Entscheidung, 6,0 vH, auf andere Weise, 35,8 vH und unerkündigt blieben, 16,4 vH. Die Zahl der Revisionen, die im Jahre 1928 das Reichsgericht beschäftigten, belief sich auf 762, von denen jedoch 389 nicht erledigt wurden. Von den 383 erledigten Revisionen wurden auf Grund streitiger Verhandlungen, 20,1 vH durch Stattgabe, 46,0 vH durch Zurückweisung der Revision, 8,4 vH durch gemischte Entscheidung erledigt. Die restlichen 20,9 vH fanden ihre Erledigung auf andere Weise.

Die Zahlen geben ein Bild von der Riesenarbeit der Arbeitsgerichte. Und doch ging der Betrieb reibungslos vonstatten. Bei der Berücksichtigung der Arbeitsgerichtstätigkeit muß noch beachtet werden,

daß eine Menge Streitigkeiten durch die geschlichen Betriebsvertretungen erledigt werden. Wäre das Betriebsrätegesetz nicht vorhanden, dann wären die Streitigkeiten vor den Arbeitsgerichten noch wesentlich höher. In zahlreichen Fällen werden Streitigkeiten auch durch das Eingreifen der gewerkschaftlichen Organisation, und zwar meistens zugunsten der Arbeiter beigelegt. Da die meisten Klagen vor dem Arbeitsgericht von Gewerkschaftsvertretern erledigt werden, so kann man sich einen Begriff machen, welche Hilfe und erfolgreiche Tätigkeit von den Gewerkschaften geleistet wird. Bei der Beurteilung der Tätigkeit wird dies meistens außer acht gelassen.

Ausbau der Arbeitsvermittlung

Das Gesetz für Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist noch nicht zwei Jahre in Kraft. Und dennoch läßt sich heute schon sagen, daß die mit dem Gesetz geschaffene Behörde durch ihre Zusammenfassung der Arbeitsvermittlung große Erfolge zu verzeichnen hat. Die Riesenarbeitslosigkeit im letzten Winter wäre wahrscheinlich mit dem alten Apparat der zersplitterten Arbeitsvermittlung nicht so rasch überwunden worden. Selbstverständlich muß ein weiterer Ausbau erfolgen. Die Vermittlungstätigkeit der Arbeitsämter soll zu einem rasch und gut arbeitenden Werkzeug ausgebaut werden. Man hofft vor allem, zu einem besseren Ausgleich der Arbeitskräfte zwischen Stadt und Land zu kommen. Ferner soll die Arbeitsvermittlung für besondere Berufsgebiete fachkundiger ausgestaltet werden. Die Berufsberatung soll unter arbeitsmarktpolitische Gesichtspunkte gestellt und weiter ausgebaut werden. Es ist nicht zu verkennen, daß die geplanten Maßnahmen einen entscheidenden Fortschritt bilden werden.

Schriftenschau

Im Fluge durch Literatur und Kunst in der Weltgeschichte. Von Manfred Knute. Verlag „Im Fluge durch München“, Schwabstraße 4. Preis 2,50 M. Dies Büchlein ist nicht von einem Gelehrten geschrieben, sondern von einem Mann der praktischen Arbeit. Es wendet sich nicht an die Fachleute, sondern an die Bildungshungrigen im Volk. denen, die „keine Zeit“ haben, gibt es in knapper Form alles Wesentliche; denen, die wenig Geld haben, gibt es viel Wissen. Das Buch verbannt der Bildungsnot der arbeitenden Klasse sein Entstehen.

Mereynthe Gehens Rindheit von A. M. de Jong. Ganzleinen, 288 Seiten. Verlag „Der Bücherkreis G. m. b. H.“. Preis 3 M. In Holland hat sich etwas noch nie Dagewesenes ereignet: das Buch eines einheimischen Autors, ein Roman, hat eine Auflage von mehr als 100 000 Exemplaren erreicht! Es ist der Roman „Maximie Ghens Jeugd“ von A. M. de Jong, Feuilletonleiter an der sozialistischen Tageszeitung „Het Volk“, Amsterdam. Der „Bücherkreis“ sicherte sich sofort das Übertragungsrecht und nun liegt der Wand vor. De Jong hat hier eine prächtige Jungengeschichte geschrieben. Wir lesen von einem kleinen Jungen (Mereynthe), der als der Freund eines Wälders in einen Strudel großer Erlebnisse gerät. Die abwechslungsreiche Handlung weckt die Aufmerksamkeit des Lesers. Wer dieses Buch nicht liebt, der liebt die Jugend nicht.

Sammelbuch der Bescheinigungen über die Endzahlen aus der Aufrechnung der Quittungskarten zur Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Preis 40 J. Verlag V. W. Bickel, Osterwieck am Harz. Der Zweck dieses Sammelbuches ist, die wichtigen Bestimmungen über die Endzahlen aus der Aufrechnung der Quittungskarten zur Invalidenversicherung aufzunehmen. Das Sammelbuch tritt somit an Stelle loser Bescheinigungen, von denen leicht eine verlorengehen kann.

Die Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten. Zweite Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 11. Februar 1928. Erläutert von den Ministerialräten im Reichsarbeitsministerium Dr. M. Bauer und Dr. S. Krohn sowie Regierungsrat Dr. Engel vom Reichsgesundheitsamt und Prof. Dr. F. Roelsch, Ministerialrat im bayerischen Ministerium für Landwirtschaft und Arbeit. Heft 12 der von Prof. Dr. Martined herausgegebenen „Schriftenreihe zum Reichsarbeitsblatt „Arbeit und Gesundheit“. 356 Seiten otkav. Preis 8 M. Verlag von Reimar Hobbing in Berlin SW 61. Die zweite Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten setzt die durch die Verordnung vom 12. Mai 1925 angebahnte Entwicklung unter Verwertung der inzwischen gewonnenen Erfahrungen und Forschungsergebnisse fort, indem sie weiter gesundheitliche Schädigungen der Berufstätigen in die Entschädigungspflicht und die Verhütungsmassnahmen der Unfallversicherung einbezieht. Das Buch wird als maßgebender Führer durch diese wichtige Verordnung für alle beteiligten Kreise unentbehrlich sein.

Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rüststraße 10



Endlich die Richtige!
Das ist eine Zigarette, bei der man bleibt, die wert ist, 5 Pf dafür anzulegen

SERVUS 5 Pf
AUSLESE 5 Pf

GREILING

Ausnahme Verkauf
An einem Ausnahmeverkauf teilnehmen Sie an der...
Greiling, Berlin

AUS EIGENER KRAFT
Stärken Sie zu den bestmöglichen Leistungen in Industrie und Handel...
Greiling, Berlin

Hientong-Essenz
Echte, essensstarke Artikel, Preisliste gratis. MEDICUS BERLIN SW 68
Alte Jakobstraße 8

10 000 Bettfedern
Bestpreis...
Greiling, Berlin

Bilder ohne Anzahlung
50 Pf. an faust man direkt in der Kaufhäuserfabrik
Greiling, Berlin

BETTEN Stahlmatratzen Holz-Kinderbetten, Polster, Schlafzimmer, Chaiselongues an Private. Katalog 75 frei
EISENMOBELFABRIK SUHL (Thür.)

Bei Rheuma, Gicht, Ischias
Tausende von Kranken mit Rheuma, Gicht, Ischias...
Greiling, Berlin

Unterstützung des Selbstvertrauens
Durch Tatkraft am Formstärker...
Greiling, Berlin

Diamant Berlin C 25
Brennapparate, 275 (vom Himmelsbergplatz)
Katalog kostenfrei

ENERGIE
Preis des Heftes monatlich 25 Pf.

Stellenmarkt
Bestimmte tüchtige Handwerker für Ofen und Herd...
Greiling, Berlin